

Bezugspreis: Vierteljährlich 30.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezugs: Monatlich 10.- M., einjährig 120.- M. ...

Vorwärts

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Komposition kostet 5,50 M. 'Kleine Anzeigen' das fertige Wort 1,50 M. ...

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97

Donnerstag, den 16. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753-54

Deutsche Note für Oberschlesien.

Berlin, 15. Juni. (WLB.) Der französische Botschafter und der englische Geschäftsträger haben heute abend die bereits in der Presse aus Paris angekündigten Vorstellungen bei dem Reichsminister des Auswärtigen gemacht.

Der Wortlaut der Note.

Berlin, 15. Juni. (WLB.) Nach Paris, London und Rom ist heute folgende Note abgegangen:

Seit sechs Wochen hat Korsanitz die Nacht nahezu im gesamten Oberschlesien an sich gerissen, und hat in dem von seinen Banden besetzten Gebiete tatsächlich alle Befugnisse der Interalliierten Kommission übernommen.

Sechs Wochen erduldet die ober-schlesische Bevölkerung die ungeheuren Leiden, welche dieser Rechtsbruch über alle Teile des Landes heraufbeschworen hat. Die Verluste an Menschenleben sind groß. Die Aufständischen häufen Greuel auf Greuel. Hunderte von friedlichen Bürgern sind verschleppt; über ihr Schicksal ist nichts bekannt.

Blutenden Herzens, aber mit gefesselten Händen

soll das deutsche Volk zusehen, wie unter den Augen der Interalliierten Kommission, der die Verwaltung des Landes zu treuen Händen übergeben war, seine Volksgenossen brutaler Gewalt ausgießt und die Früchte deutscher Fleißes und deutscher Wirtschaft der Vernichtung preisgegeben werden.

Seit Ende Mai sind erhebliche Truppenverstärkungen der Entente mit reichlichem Kriegsmaterial in Oberschlesien eingetroffen. Mit geringen Ausnahmen sind abgesehen von den großen Städten, die noch in der Hand der Deutschen sind, ist jedoch das gesamte Aufstandsgebiet

nach wie vor im Besitz der Insurgenten

geblieben, welche dort unumschränkt herrschen. Die Grenze nach Polen ist offen, von dort kommt dauernder Zugang an Kämpfern, darunter eine erhebliche Anzahl regulärer polnischer Militärs, von dort werden Waffen und Munition aller Art herübergeschafft. Beweise für diese Tatsache werden den Alliierten Regierungen besonders übergeben.

Eine Befriedung ist nirgends zu verzeichnen.

Längs der ganzen Front sind die Dörfschaften, wie z. B. Kosteletz, Bachowitz, Frei-Bipol, Frei-Radlub, Schemrowitz, Waldhäuser, Hohenbirken, Bukau, Markowitz, welche vorübergehend von den Polen geräumt waren, erneut von den Banden besetzt und schwer heimgesucht worden.

Die ober-schlesische Bevölkerung und mit ihr das gesamte deutsche Volk haben mit einer

Selbstbeherrschung, die von der gesamten Welt als bewundernswert anerkannt

wird, bisher die Ruhe bewahrt. Der ober-schlesische Selbstschutz hat trotz zahlreicher Angriffe der Polen und trotz dringender Hilferufe aus den von Korsanitz besetzten Gebieten seine Stellungen nicht weiter vorgetragen in dem Vertrauen, daß endlich energische Maßnahmen seitens der Interalliierten Kommission gegen Korsanitz und seine Banden ergriffen werden.

Die Deutsche Regierung muß gegen die gegenwärtigen Zustände in Oberschlesien

Schärfste Verwarnung

einlegen. Sie sieht sich genötigt, den immer wiederholten Versuch, den ober-schlesischen Selbstschutz auf gleiche Stufe mit den Insurgenten zu stellen, energisch zurückzuweisen und zu betonen, daß der von dem Präsidenten der Interalliierten Kommission beabsichtigte Weg, die Insurgenten durch Verhandlungen zum Abzug mit allen Waffen zu bewegen, nicht geeignet ist, die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen.

Nach dem Friedensvertrage (Art. 88) ist die Interalliierte Kommission verpflichtet, mit Truppen der alliierten Mächte die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Deutsche Regierung hält es nicht mit dem Friedensvertrage für vereinbar, wenn die Interalliierte Kommission ihre Machtmittel nicht gegen die Insurgenten zum Einsatz bringt.

Verhandlungen mit Goefer.

Oppeln, 15. Juni. (WLB.) Nach Verhandlungen, die heute nachmittag stattgefunden haben, stellte General Höfer dem General Henecker die Drischkisten östlich der Linie 1,3 Kilometer nordwestlich Dolna-Annahof, Westrand Bichinia, Ostwand Kuschniga, zur Unterbringung englischer Truppen für die Säuberungsaktion zur Verfügung.

Oppeln, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht des 'Vorwärts'.) Morgen finden neue Verhandlungen zwischen dem britischen Bevollmächtigten bei der Interalliierten Kommission Stuart und dem Vertreter der deutschen Parteien Ullricha in der Räumungsfrage statt.

Genosse Blas wieder frei.

Der von den Insurgenten verschleppte Reichstagsabgeordnete Genosse Blas wurde nach dreitägiger Haft wieder freigelassen.

Hilferuf der Deutschen Parteien und Gewerkschaften.

Die ober-schlesischen Blätter veröffentlichen ein von den Kreis-kontrollreuen zeinstetes und stark gefärbtes Telegramm, das die deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens am 8. Juni an Lloyd George und Biolitti gerichtet haben. In dem Telegramm wird auf die ungeheuren Mißstände hingewiesen, die sich durch die Absperrung des Industriegebietes durch die Insurgenten ergeben haben.

Wie einsichtige Engländer die ober-schlesische Frage beurteilen, ist aus folgender Depesche des Berliner Korrespondenten des 'Daily Herald' an sein Blatt zu entnehmen:

Eine weitere Verzögerung der Interalliierten Aktion gegen die polnischen Insurgenten würde in die inner-deutsche Situation bedenkliche Vermehrungen hineinführen, da dann die Behauptung der Chauvinisten, Lloyd George suche sich der Verpflichtung zur Wiederherstellung der Ordnung in Oberschlesien zu entziehen, indem er die Frage des deutschen Selbstschutzes als Vorwand gebrauche, auch in laien gemäßigten deutschen Kreisen Glauben finden würde.

Auf dem Weg zur Wahrheit.

Ueber die Frage, wer Schuld an dem Ausbruch des Krieges trage, schienen die Meinungen in Deutschland lange unversöhnlich auseinanderzugehen. Von der einen Seite wurde es für nationale Pflicht gehalten, die Dinge so darzustellen, wie die deutsche Kriegslegende es haben wollte.

Ein Zeichen dafür ist ein Artikel Karl Kautskys in der 'Freiheit' und die Art seiner Aufnahme in der deutsch-nationalen Presse. Von Kautsky war behauptet worden, er habe die Auffassung von der Schuld der deutschen Machthaber, die er in seinem Buch vertreten hatte, widerrufen.

Das Mißverständnis war dadurch entstanden, daß Kautsky in einer späteren Streitschrift 'Delbrück und Wilhelm' gefagt hatte:

Ich kann hier das Geständnis machen, daß es eine Zeit gab, in der ich der deutschen Regierung unrecht tat. Ich war sehr überrascht, als ich Einsicht in die Akten bekam. Meine ursprüngliche Auffassung erwies sich mir als unhaltbar.

Das Unrecht, das Kautsky der deutschen Regierung angeden hatte, hat er schon in seinem Buch über die Schuldfrage torrigiert.

Was ist nun der Unterschied zwischen der Auffassung, der Kautsky vor der Reminisnanz der Akten huldigte, und jener, die er dann in seinem Buch über die Schuldfrage vertrat? Er hatte angenommen, daß die deutsche Regierung sich der sinnfälligen Konsequenzen ihres Begehrens klar bewußt war, als sie sich zur Unterstützung Oesterreichs entschloß.

Aus den Akten erfah Kautsky, daß Wilhelm II. dieses klare Bewußtsein der sinnfälligen Konsequenzen seines Begehrens gänzlich fehlte:

Er provozierte Rußland aufs stärkste durch die Unterstützung des österreichischen Ultimatus, vertraute aber darauf, daß der russische Koloz sich ohne Schwertstreich vor den Zentralmächten zurückziehen und so der Weltfriede erhalten bleiben werde.

Kein einigermaßen nüchtern denkender Mensch konnte diese Erwartungen teilen.

Sonst verhielt sich Wilhelm im Juli 1914 ebenso wie bei zahlreichen früheren Anlässen, wo er ohne viele Ueberlegung eine fremde Großmacht beleidigte und provozierte, um zusammenzuklappen, sobald sie Miene machte, auf die Provokation zu erwidern. Man erinnere sich der Haltung Wilhelms im Burenkriege. So klapperte er auch im Juli 1914 zusammen, als die unvermeidlichen Früchte seines Tuns zu Tage traten und Deutschland von einem Kriege gegen die ganze Welt bedroht ward.

Ueberbies aber hatte die Wilhelmische Politik darin geföhrt, daß alle Welt mobilisierte, weil jede Partei vom Gegner überfallen zu werden fürchtete. Die Kopflosigkeit Wilhelms wurde dadurch auf die Spitze getrieben. Während die anderen mobilisierten, aber nicht den Krieg erklärten, um nicht vorzeitig die letzte Hoffnung auf Erhaltung des Friedens zu töten, glaubte er, die Mobilisierung der anderen zwinge ihn selbst, nicht nur zu mobilisieren, sondern auch den Krieg zu erklären.

Dies die Auffassung, die ich aus dem Studium der Akten gewann, und der ich in meinem Kriegsbuch ebenso wie später noch in meiner Entgegnung gegen Delbrück Ausdruck gab. Um es nochmals zu wiederholen: Die Akten bezeugten mir, wenn ich der deutschen Regierung vorher in meinem Denken Unrecht getan: Ich hatte mit Unrecht von ihr angenommen, daß sie systematisch, planmäßig, mit vollem Bewußtsein ihres Tuns vorgegangen sei. In Wirklichkeit finden wir bei ihr nur Gelegenheitspolitik, eingegeben von den Einbrüden des Augenblicks, die nicht nach den weiteren Konsequenzen fragt und sich aufs gute Glück verläßt, um, wenns schief geht, den Kopf zu verlickern und nach dem nächstliegenden Strohhalm zu greifen.

Das ist dieselbe Auffassung, die auch von der deutschen Sozialdemokratie in ihrer Denkschrift an den Kongreß der Zweiten Internationale vertreten worden ist. Aber die Ueber-einstimmung scheint noch viel weiter zu gehen. Findet sich

doch in einer Besprechung, die die „Deutsche Tageszeitung“ dem Artikel Kautskys widmet, folgender bemerkenswerter Satz:

Dah aber diese Politik der Unfähigkeit, über die sich Kautsky entrüstet, von niemand härter verurteilt worden ist, als gerade von den Deutschnationalen und ihren Vorgängern, das sollte doch auch dem Historiker der Sozialdemokratie einigermaßen bekannt sein.

Diese Erinnerung der „Deutschen Tageszeitung“, die zugleich eine Zustimmung zu Kautskys Darlegungen enthält, ist sehr interessant, wenn auch nur zum Teil richtig. Wahr ist, daß die unmögliche Politik Deutschlands vor dem Kriege von den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen je nach ihrem Standpunkt belämpft worden ist. Es soll hier nicht noch einmal darüber gestritten werden, welcher Standpunkt der richtige war, und kritisiert wird doch das Eine bleiben müssen: während die Sozialdemokratie das persönliche Regiment, dessen katastrophale Folgen für Deutschland sie vorausgesehen und unzählige Male vorausgesagt hatte, mit allen Kräften bekämpfte, haben die Deutschnationalen, die ja beileibe „kein Schattenskeletten“ wollten, dieses verhängnisvolle System mit allen Kräften gestützt.

Wo liegt also die Schuld, daß wir in diesen unglückseligen Krieg hineingestürzt, oder — um ein Wort von Tirpitz zu gebrauchen — „hineingeschlittert“ sind?

Um aber zur Hauptfrage zurückzukommen: Wenn Kautsky, Tirpitz und die „Deutsche Tageszeitung“ im Grunde genommen einig sind in der Beurteilung der geistigen Dispositionen, die in Deutschland am Vorabend der Katastrophe vorhanden waren, dann kann man nur annehmen, daß es sich um die Aufdeckung einer geschichtlichen Wahrheit handelt, deren einleuchtende Klarheit sich über alle Parteiunterschiede hinweg durchsetzt.

Wenn dieses revidierte Urteil über die deutsche Kriegsschuld das alte, gestürzte System moralisch entlastet, so belastet es politisch die Träger jenes Systems um so schwerer. Uns wenigstens scheint es zur Verteidigung der Vergangenheit immer noch vorteilhafter, wenn man den Krieg als ein gemolltes, groß angelegtes, aber mißglücktes Unternehmen darstellt, als wenn man zugeben muß, daß es nur Unfähigkeit, Koppligkeit, Schwäche war, was Deutschland in diesen wahrwichtigen Krieg gegen die ganze Welt gestürzt hat.

Die geschichtliche Wahrheit ist für das alte kaiserliche Deutschland noch viel weniger ehrenvoll als jene heroische Legende des Art. 231 des Friedensvertrages, nach welcher der Entente der Krieg durch einen vorsätzlichen Angriff Deutschlands aufgezungen worden sein soll. Dieser Art. 231 bescheinigt den Trägern des alten Systems eine Heldentat, die sie wahrhaftig niemals besessen haben. Die geschichtliche Forschung wird mit dieser Legende aufräumen, die erfunden worden ist, um einmal die furchtbaren Härten des Friedens von Versailles „moralisch“ zu rechtfertigen, dann aber auch um gefährlicher Neugierde die Frage abzuschneiden, ob es nicht auch noch andere Kriegsschuldige gibt als jene von Wien und von Berlin.

„Die Wahrheit ist auf dem Marsch, niemand wird sie aufhalten!“

## Der Mord an Gareis.

### Nachspiel im bayerischen Landtag.

Sozialdemokratie und Unabhängige haben im bayerischen Landtag wegen der Ermordung des Abg. Gareis und den sonstigen Uebertreten auf politische Führer Interpellationen eingebracht. In der sozialdemokratischen Anfrage wird die Regierung gefragt, was sie zu tun gedenkt, um der Sorge für Schutz und Sicherheit der Staatsbürger nachzukommen. Außerdem wird die sozialdemokratische Fraktion Anträge einbringen auf Befestigung des Ausnahmezustandes und Aufhebung der Volksgerichte. Die unabhängige Interpellation hat ähnlichen Inhalt wie die sozialdemokratische.

## Die Krise im Büchereiwesen.

Von Kurt Bauer.

Die Bedeutung des öffentlichen volkstümlichen Büchereiwesens ist in Deutschland, dem Lande der Dichter und Denker, merkwürdigerweise noch lange nicht erfaßt worden. Die Gründe dafür dürften zum Teil historischen Charakters sein. Seit altersher hat Deutschland allen anderen Staaten voran ein scharfes Augenmerk auf die Gründung wissenschaftlicher Bibliotheken, auf die Förderung des Schulwesens usw. gehabt. Man glaubte noch dieser Richtung hin genug zu tun und überließ in bürokratischem Eifer die neuen Anforderungen der Zeit. Nur so läßt es sich verstehen, daß die Wichtigkeit der modernen Stadtbüchereien und der mit ihnen verbundenen Organisationen bei uns bisher nicht genügend zum Bewußtsein der Allgemeinheit gelangt ist.

Bereits dringt aus Bremen der erste Rufschrei zu uns. Dort verteilte die öffentliche Lesehalle ein Flugblatt, in dem sie ihre Leser von der bevorstehenden Notwendigkeit der Schließung ihrer Leseliste in Kenntnis setzt, nachdem der Lesesaal schon anderweitig vermietet werden mußte. Nicht weniger als 18 000 Leser aus allen Volksschichten wurden von ihr versorgt. Die jährlich entlehnten Bücher erreichten die Zahl 220 000. Es hängt jetzt von einem jährlichen Zuschuß von 50—60 000 M. ab, ob sich ihr Betrieb weiterführen läßt. Sonst muß diese wichtige Volksbildungsstätte, die bereits vielen jüngeren Lesehallen zum Muster diente, geschlossen werden.

Wir lassen heute, ohne daß die Öffentlichkeit sich darum kümmert, eine Organisation zugrunde gehen, aus der z. B. die angelsächsischen Länder — in luger Erkenntnis ihrer Bedeutung für die gesamte Volkswirtschaft — einen wesentlichen Teil ihrer städtischen und wirtschaftlichen Kräfte schöpfen. Bereits 40 Jahre früher als in Deutschland setzte in Amerika und England die Lesehallenbewegung ein. Sie erreichte im Laufe der Jahre eine Ausdehnung, die ein stilles Gegenstück gegen die Industrialisierung jener Länder zu bilden vermochte. Wie weit dort das allgemeine Interesse für die Büchereibewegung geht, ersehen wir nicht nur aus den hohen Mitteln, die einzelne Gemeinden dafür aufbringen, sondern vor allem aus den gewaltigen privaten Zuwendungen. Man denke an die enormen Summen, die allein ein Mann wie Carnegie diesen gemeinnützigen Organisationen hat zufließen lassen! Während bei uns eine Bibliothekssteuer recht unpopulär wäre, erhält in England bereits im Jahre 1849 jede Stadt von einer gewissen Größe das Recht, von ihren Einwohnern einen halben bis zu einem Penny auf das Pfund gezogener Steuer zur Errichtung öffentlicher Bibliotheken abzuheben. Eine ähnliche Steuer-

## Demokratisierung der Justiz.

Zur Durchberatung des Justizetats im preussischen Landtag hat die sozialdemokratische Fraktion mehrere Anträge eingebracht, die den Weg zeigen, auf dem die Rechtspflege volkstümlich gestaltet werden und die einseitige Zusammenlegung des heutigen Richterstandes beseitigt werden kann. Der Hauptantrag ersucht das Staatsministerium, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß diese mit größtmöglicher Beschleunigung einen Gesetzentwurf ausarbeite, der eine Aenderung des Gerichts-Verfassungsgesetzes und der Strafprozessordnung mit folgenden Zielen vorsieht:

1. daß das Element der Laienrichter zu allen Gerichten, die in Strafsachen urteilen, insbesondere zu den Strafkammern hinzugezogen wird,
2. daß die Auswahl der Laienrichter künftig durch Volkswahl nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht unter Anwendung des Verhältniswahlsystems erfolgt,
3. daß gegen alle erstinstanzlichen Urteile in Strafsachen des Rechtsmittel der Berufung zulässig ist,
4. daß begabten Kindern minderbemittelter Eltern in größerer Anzahl auf Staatskosten der Weg zum Berufsrichteramt eröffnet wird,
5. daß hervorragend befähigte und praktisch erfahrene Personen aus allen Kreisen des Volkes durch Ablegung der Richterafprobierung die Befähigung zum Richteramt erlangen können, auch wenn sie den bisher vorgeschriebenen Ausbildungsgang nicht durchgemacht haben.

Ergänzt wird dieser Antrag durch den folgenden:

Der Landtag wolle den Herrn Justizminister auffordern, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß den Schöffen und Geschworenen (abgesehen von den Todgeurteilten) entgangener Arbeitsverdienst entschädigt wird.

In der Beratung erklärte der Justizminister Am Jahnhoff, daß er den Punkten 1—4 des ersten Antrages — abgesehen von einigen Vorbehalten — zustimmend gegenüberstehe, nicht dagegen dem Punkt 5. Was den zweiten Antrag anbetrifft, so kündigte der Justizminister eine Erhöhung der Entschädigung für Schöffen und Geschworene an. Ferner sollen nach denselben Grundsätzen wie Schöffen und Geschworene künftig entschädigt werden die Ausschusmitglieder, die die Wahl der Schöffen und Geschworenen vorzunehmen haben.

## Profitpatrioten in Ostpreußen.

In seiner gestrigen Reichstagsrede hat der unabhängige Abg. Dr. Herz einige Schriftstücke vorgelesen, von denen wir die zwei markantesten wörtlich wiedergeben wollen. Sie lauten:

Königsberg i. Pr., den 10. Juni 1921.

An das Oberpräsidium

3. Hd. d. Herrn Oberregierungsrat Agricola,

hier.

Betr. J. N. Op 2416 e.

Wir besitzen das dortseitige Schreiben vom 9. 6. 21 nebst der uns damit übersandten Nachweisung des Delegierten des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung in Ostpreußen über im Mai 1921 erteilte Ausführungsgenehmigungen für Saatfruchtfrüchte, Getreide und Erzeugnisse daraus, reichen beide Schriftstücke anliegend zurück und berichten dazu, daß es nach unserem Dafürhalten im Widerspruch steht, wenn auf der einen Seite das Reich bzw. die Reichsgetreidekasse sich bemüht, Auslandsweizen und Mais bei unserer niedrigen Währung zu hohen Preisen herauszuschaffen, und auf der anderen Seite in einem Monate 835 210 Tons Erbsen, Peluschnen, Hafensoden, Bohnen, Mais nebst den Produkten daraus nach dem Auslande, d. h. nach Schweden, Norwegen, Dänemark, Litauen, dem Aemselgebiet und Danzig ausgeführt werden. Allein 678 510 Tons Hülsenfrüchte, in denen Ostpreußen zweifellos eine totale Mähernte bevorsteht, sind im Mai exportiert.

Traglos gelangt ein großer Teil dieser Produkte in die Hände unserer zur Zeit größten Feinde, der Polen, und wird von denselben zur Ernährung ihrer Armee benutzt.

Deutschland stärkt also durch die Ausfuhrbewilligungen seine Feinde, besonders die Feinde Oberschlesiens, deren Willkür die Entlastung der ganzen Welt hervorruft.

Wir haben wiederholt Gelegenheit genommen, unsere Zentrale, die Reichsgetreidekasse Berlin, auf diese Zustände aufmerksam zu machen, und dieselbe hat sich auch bei dem Preussischen Staatskommissar — soweit uns mitgeteilt wurde —, dafür bewandt, daß dem Delegierten des Reichskommissars für die Aus- und Einfuhrbewilligung in Ostpreußen die Befugnis zur Erteilung von Ausführungsgenehmigungen für Getreide und Produkte daraus entzogen wird.

Königsberg i. Pr., Reichsgetreidebureau

An die Reichsgetreidekasse Berlin  
zur gfl. Kenntnisnahme mit der höfl. Bitte, die Angelegenheit der Direktion wiederholt vorbringen zu wollen und nicht früher zu ruhen, als bis endlich diesen unerhörten Zuständen ein Ende bereitet worden ist, da selbstverständlich, je mehr es bekannt wird, daß Ausführungsgenehmigungen erteilt sind, um so mehr beantragt werden, da die hohen Auslandspreise die bisher zur Untätigkeit verurteilte Kaufmannschaft in hohem Maße reizen.

Bureau der Reichsgetreidekasse Königsberg i. Pr., Oberpräsidium, 3. Hd. Baumann.

Schade, daß man nicht feststellen kann, welcher Partei diese Profitpatrioten ihre Stimmen zu geben pflegen. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß sie mit dem Maul die größten Nationalhelden sind. Sie wären dann nur würdige Nachahmer des hochkonfessionellen und hochpatriotischen Junkers v. Oldenburg-Januschau, der während der englischen Hungerblockade bekanntlich einen großen Teil seines Landes brachliegen ließ, weil ihm der Anbau nicht mehr genügenden Gewinn abzuwerfen schien.

Der Vorkommnisse des Reichstages beschäftigte sich Mittwochabend in ausgedehnter Sitzung mit dem Beratungsmaterial, das für die nächsten Tage in Aussicht genommen ist. Nachdem am Donnerstag das Gesetz über die Betriebeverpflichtung erledigt sein wird, soll am Freitag die Interpellation der Unabhängigen über den Fall Gareis und am Sonnabend die Interpellation wegen Oberschlesiens zur Beratung gelangen. Für den Anfang der nächsten Woche sind das Gesetz über die Förderung des Wohnungsbauwesens und das Reichsmietengesetz sowie die Interpellation über die Sanktionen im Rheinland in Aussicht genommen. Im Vorkommnisse fand ferner eine Besprechung über einige Änderungen des Diktengesetzes statt, zu deren Vorberatung eine Unterkommission eingesetzt worden ist. Bei dieser Gelegenheit wird auch die Frage der Benutzung von Kleinbahnen und Schmalspuren durch die Abgeordneten zur Sprache kommen. Ein Beschluß über den Beginn der großen Sommerpause ist noch nicht gefaßt worden.

Der Steuerantrag des Reichstages beriet am Mittwoch den Gesetzentwurf zur beschleunigten Erhebung des Reichsnotopfers und der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs. Angenommen wurde ein Antrag Dr. Helfferich (Dnalk.), der die Bestimmung enthält, daß die im Gesetz vorgesehene Frist der Steuerbefreiung für Auslandsdeutsche zunächst bis zum 31. Dezember 1922 verlängert wird. — Ferner wurden zwei Anträge angenommen, welche Ermäßigungen vorsehen für den Fall, daß ein Ehegatte oder Sohn im Kriege gefallen ist und durch Kriegsfolgen seinen Tod gefunden haben. — Weiter wurde ein Antrag angenommen, der die Stundung bei Abgabepflichtigen auf Antrag dann zuläßt, wenn das steuerbare Vermögen nicht über 150 000 Mark und das Jahreseinkommen nicht über 7500 Mark beträgt. Eine Ermäßigung ist auch statthaft, wenn das steuerbare Vermögen nicht über 300 000 Mark und das Jahreseinkommen nicht über 10 000 Mark beträgt, falls der Abgabepflichtige über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig ist, wenn das Einkommen sich hauptsächlich aus Kapitaleinkommen zusammensetzt.

Einsetzung des Verfahrens gegen Augustin. Das gegen den früheren Ministerialrat im Reichsernährungsministerium Augustin anhängig gemachte Verfahren wegen Vorsehung ist jetzt auf Beschluß der Strafkammer des Landgerichts I eingestellt und Augustin außer Verfolgung gesetzt worden.

Die Sprengladung des Verhafteten. Aus Göttersberg meldet die W. S.: Als der Verhaftete Bagel gestern nachmittag verhaftet werden sollte, brachte er auf der Polizeiwache eine Sprengladung zur Explosion. Bagel wurde körperlich verstimmt und sofort getötet. Die anderen Anwesenden blieben unversehrt. Eine Hausdurchsuchung bei Bagel förderte noch sechs weitere Sprengladungen zu Tage.

Scientiarum“ — auf deutsch: „Königlich preussische Akademie der Wissenschaften“.

Die Verehrung eines solchen Ehrenzeichens durch ein offizielles Institut der preussischen Republik müßte nicht nur im Lande Anstöß erregen, sondern würde auch bei den davon betroffenen ausländischen Gelehrten berechtigten Spott hervorrufen. Es heißt, daß das Ministerium Siegerworb bereits seine Zustimmung zu der Wiederbelebung des wilhelminischen Rudiments erteilt habe. Wir nehmen an, daß die Medaille, wenn sie wirklich wieder verliehen werden sollte, zum mindesten in einer wesentlich veränderten, der heutigen Zeit entsprechenden Form ihre Auferstehung feiern wird.

Valuta und Wissenschaft. Die Hochschulcorrespondenz berichtet: Das heurige Jahr bringt der Wiener Universität eine Situation, wie sie wohl seit Jahrzehnten nicht vorgekommen ist. Nicht weniger als zehn Professoren haben in der letzten Zeit Verfassungen an ausländische Hochschulen erhalten, von philosophischen Fakultät allein acht Professoren. So hat der Rektor der Wiener Universität und ordentliche Professor für Geschichte Dr. Dopich einen Ruf nach Heidelberg erhalten, der Professor für Kunstgeschichte und Vorstand des Kunsthistorischen Seminars Dr. Strzygowski eine Berufung an die Universität in Dorpat.

Nicht nur die Kunst, sondern auch die Wissenschaft geht nach Brot, und die Wiener Hochschullehrer klagen sich in Länder, die eine nahrhaftere Valuta haben als Österreich. Man wird es ihnen nicht verargen, denn sie wollen leben und müssen ihre Arbeitskraft so vorteilhaft wie möglich zu verwerten suchen. Ein Jammer und eine Schande aber ist es, daß das Hauptkapital der Westmächte durch seine Bergewaltigungspolitik nicht nur unendlich materielles Elend über die Menschheit verhängen, sondern auch den Ruin einer der ältesten und glänzendsten wissenschaftlichen Kulturstätten herbeiführen darf.

Ein Grabdenkmal für Karl Hauptmann wird zurzeit von Professor Boelzig, dem bekannten Berliner Architekten, geschaffen. Boelzig war ein persönlicher Freund des verstorbenen Dichters.

Dr. Ludwig Orth, dem Berlin die „Normalzeit“ und die Urania-Kuln verdankt, ist gestorben.

Stühner-Cracher. Das künftige Reichstagsmitglied am Freitag, den 17. abends 8 Uhr, im Stühneraal, Adowstr. 76, bringt „Überwachen von Mozart bis Wagner“.

Waldschule Groß-Berlin. Samstag, den 19. nachmittags 5 Uhr, findet in der Aula, Behmestrasse 15, die letzte Aussprache über den letzten Lehrperiode statt. Fräulein Aileen Springer wird romantische Klavierstücke (Wendelschohn, Schumann, Chopin, Weber, Schubert) zu Gehör bringen. Karten zu 1 M. sind im Bureau, Georgenstr. 34—36, sowie an allen Arbeitsstätten der Volkshochschule Groß-Berlin und an der Kasse erhältlich.

Gedächtnisfeier deutscher Musiker. Die Jubiläumstage des 37. Jahrgangs ist bereits im Druck, und es ist erwünscht, daß alle diejenigen Musiker, welche in den Kalender aufgenommen werden wollen, und die noch keinen Angehörigen erteilt haben, sich am 11. 6. um 6 Uhr an die Redaktion des Kalenders (Wag. Postfach, Berlin W 15, Langenburger Str. 29) wenden. Es ergeht eine dringende Aufforderung.

gehegung besteht in Amerika. In Massachusetts z. B. sind alle Gemeinden seit 1851 berechtigt, von jedem Steuerzahler bis zu 4 M. zu Zweden der Begründung und bis zu 2 M. zur Erhaltung öffentlicher Bibliotheken einzuziehen.

Von dem Millionen- und Milliardenstaat der deutschen Städte steht nur ein kaum nennenswerter Bruchteil den Stadtbüchereien zu, viel weniger, als für Schulen und andere Bildungsorganisationen ausgegeben wird. Bei 200 000 Einwohnern kommen noch nicht 100 000 M. auf ihre Verhaltung, also etwa 50 Pf. jährlich pro Kopf. Einen Begriff von der steifmütterlichen Behandlung dieser wichtigen Bildungsanstalten können wir uns machen, wenn wir die jetzige Kostensteigerung auf allen anderen Gebieten berücksichtigen. Denn während die Bücherpreise sich um das Achtfache erhöhten, beläuft sich der Etat der Stadtbüchereien für Neuanfassungen bestenfalls auf das Doppelte gegen früher. Die traurige Entwertung, die ihr ganzer Betrieb dadurch erfahren muß, ist nie wieder gutzumachen.

Unter allen Bildungsstätten erfordert die Unterhaltung einer öffentlichen volkstümlichen Bibliothek den verhältnismäßig geringsten Kostenaufwand. Und von allen Mitteln der modernen Kulturpflege ist das Buch am leichtesten zu verbreiten. Eine Vernachlässigung dieses Gebietes kann nur der Schundliteratur und den anderen der Volkslese vergiftenden Unternehmungen und Veranlassungen zugute kommen.

Im Berliner Bibliothekswesen liegen die Dinge heute besonders schlimm. Seit länger als einem halben Jahre sind bei der Städtischen Bücherei die Neuanfassungen eingestellt worden. Die Finanznot zwingt auf allen Gebieten zur äußersten Sparsamkeit, aber es scheint doch, daß man hier an einem Institut knaupert, dessen Pflege auch unter den schwierigsten Verhältnissen nicht leiden sollte. Denn der Mensch lebt nun einmal nicht vom Brote allein, sondern er bedarf auch der geistigen Nahrung und er bedarf ihrer in der gegenwärtigen Zeit mehr als sonst, wenn seine Lebenskraft und sein Lebensmut nicht rettungslos verkrüppeln sollen.

Die „Leibniz-Medaille“, die die Akademie der Wissenschaften an ihrem jährlichen Leibniz-Tage zu vergeben pflegt und die, wie die anderen wilhelminischen Orden und Ehrenzeichen durch die Republik abgeschafft wurde, soll jetzt wieder eingeführt werden. Allerdings soll sie nur in Bronze und nur an Ausländer vergeben werden.

An sich wäre gegen dieses harmlose Vergügen nicht viel einzuwenden, wenn nicht die Medaille in ihrer Form einen ausgesprochen rassistischen Charakter trüge. Gestiftet wurde sie, wie es in der Satzung heißt, durch Seine Majestät den Kaiser und Königin Wilhelm II. an Allerhöchster Selbener Geburtsfest am 27. Januar 1906, und sie zeigt auf ihrer Vorderseite außer dem Brustbild von Leibniz die Aufschrift „Academia Regia Borussia-



# Bericht über die Justiz.

material war so schwer, daß Bessel auf einen Haftbefehl der Stettiner Staatsanwaltschaft unter dem dringenden Verdachte des Mordes festgenommen und am 12. Mai 1919 nach Stettin gebracht wurde. Auf dem Bahnhof dort gelang es dem Verhafteten, seinem Begleitmächtig zu entweichen. Seitdem war er flüchtig und wurde überall gesucht.

Die Ermittlungen ergaben unterdessen, daß der Feldwebel in Bückingen bei St. Ansoh ein Liebesverhältnis mit einer Ehefrau Weber unterhalten hatte. Auch deren Mann war ermordet worden. Der Verdacht fiel alsbald auf Bessel. Auch die Frau des Erschossenen teilte ihn in der Annahme, daß der Feldwebel ihren Mann erschossen habe, um sie heiraten zu können. Bessel wurde auch ermittelt und festgenommen. Bei der Revolution entkam er in Saarbrücken aus der Untersuchungsanstalt und auch seine Akten verschwanden mit diesen anderen. Die Berliner Kriminalpolizei, die noch nach ihm fahndete, erfuhr nunmehr seinen Aufenthaltsort, der sich in der Kruppstraße befand, weshalb Bessel unter dem Namen Besslein bei einer Abwicklungsstelle tätig war. Seine Verhaftung war aber nicht leicht. Es entspann sich eine wilde Hejzogg, im Verlauf deren der Verhaftete angeschossen wurde und dann auf den Boden stürzte. Dort brach er, da ihn eine Kugel in den Rücken getroffen hatte, zusammen und wurde als Gefangener nach der Charité gebracht.

Die weiteren Feststellungen ergaben, daß der wegen Doppelmordes überall gesuchte Mann unangefochten unter seinem richtigen Namen bei verschiedenen Truppenteilen gedient hat, u. a. in Potsdam und bei den Baltikum-Truppen. So gehörte er eine Zeitlang als Oberfeldwebel der Brigade von Dassel an. Alle Militärstellen, denen er angehörte, hatten in ihm einen sehr tüchtigen Soldaten, dem sie die besten Zeugnisse ausstellten.

## Sühne für einen Affektmord.

Am weiteren Verlauf des Potsdamer Prozesses gegen den Schlosser Grahl erklärte Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld den Angeklagten nicht für einen Saboteur. Er bezeichnete die Tat als im Affekttaumel eines geistig minderwertigen Menschen ausgeführt. Die Voraussetzung des § 51 hielt dieser Sachverständige und auch der zuständige Kreisarzt Rebzinalrat Dr. Geisler nicht für vorliegend. Der Staatsanwalt konnte die Frage nach Mord nicht aufrechterhalten und beantragte, die Frage nach Tötung bei Unternehmung einer strafbaren Handlung (§ 214) zu bejahen. Nach dem Wahrspruch der Geschworenen wurde der Angeklagte zu 12 Jahren drei Monaten Zuchthaus verurteilt, vier Monate wurden auf die Unterjuchungshaft angerechnet.

## Kein Wasser!

Die Bewohner der Grundstücke in der Uckerländer Str. 18, 14, 15 und 16 wurden gestern mit der Abiperrung der Wasserleitung durch die städtischen Wasserwerke überhäuft. Die Grundstücke standen bis vor kurzem zur Substation und haben jetzt einen neuen Eigentümer gefunden. Seinem Verwalter wurde die Wasserlieferung angefangen, falls die schuldigen Wassergelder nicht entrichtet würden. Durch die Maßnahme der Wasserwerke wird jedoch nicht der Eigentümer geschädigt, sondern die Mieter mit ihren Familien. Es geht auf keinen Fall, den Mietern rückwärtslos das Wasser abzuperrern, weil der Eigentümer das Wassergeld nicht zahlt. Die Maßnahme muß unbedingt rückgängig gemacht werden.

## Das Arsenal im Schöneberger Rathaus.

Ein hübscher runder Fund wurde im Schöneberger Rathaus entdeckt, und zwar wurden — man sollte es kaum für möglich halten — folgende nicht ganz ungefährliche und harmlose Dinge beschlagnahmt: 9 schwere Maschinengewehrschichten, handfeuerwaffen, vollständig abgeregelter Handgranaten, eine große Riste mit Seitengehören, circa 1500 neue Stahlhelme, circa 500 neue Patronenloschen, Gewehre, Stiefel, Dedon, Bekleidungsstücke, circa 20 000 Schuß scharfe Maschinengewehrmunition und sonstige Kriegsgeschäfte. Es scheint in Schöneberg und in seinem Rathaus noch allerlei ausgewachsene Kinder zu geben, die, wie wohl sie oft genug verwirrt worden sind, das schöne Sprichwort offenbar vergessen haben: Du bist ein Tier zum Scherz, denn es kam geladen sein. Und Herr Minister Dominicus, was sagen Sie dazu, daß ausgerechnet an der Stelle Ihrer langen segensreichen Tätigkeit eine solche Stintbombe platzt?

## Das Kaufmanns- und Gewerbegericht Groß-Berlin.

Ein am Montag im Berliner Rathaus tagender Ausschuss zur Vorbereitung der Magistratsvorlage über den Erlass eines neuen Organisationsgesetzes für das Berliner Gewerbe- und Kaufmannsgericht beschloß, die Stadtverordnetenversammlung zu ersuchen, unterzüglich bei der Stadtregierung vorstellig zu werden, eine Koststandsverordnung dahingehend zu erlassen, daß die jetzt bestehenden Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Bezirk der neuen Stadtgemeinde Berlin bis zum Zulassungstermin der neuen Gerichte, längstens bis zum 30. September cr. tätig bleiben. Ferner: „Zur Vermeidung der Klageeinbringung müssen nach Bedarf für ein oder mehrere Verwaltungsbezirke besondere Klagenannahmestellen eingerichtet werden. Im Interesse der Verlehrsbelebung müssen außerdem an geeigneten Stellen nach Bedarf und für einzelne Berufsgruppen auf Antrag der Bezirksverwaltungen Gerichtstage abgehalten werden.“

An Stelle des zum ersten Vorsitzenden des Reichsener Rechtsvereins bestellten Magistratsassessors Dr. Koralla hat das Bezirksamt 14 den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Reichsener, Magistratsassessor Dr. Hecht, zum ersten Vorsitzenden dieser Gerichte gewählt.

Die Ermordung des Gutsbesizers Otto auf dem sogenannten Schneckenberg im Tiergarten, die das Schwurgericht des Landgerichts I an zwei Tagen beschäftigte, hat nun gestern durch den Spruch der Geschworenen ihre teilweise Sühne, wenigstens gegen den einen der am Verbrechen Beteiligten gefunden. Der zweite der Beteiligten, Gadow, befindet sich, wie mitgeteilt, in Dallberg zur Untersuchung seines Geisteszustandes. Gegen den Angeklagten Martin Raschke gaben die Geschworenen ihren Spruch auf Schuldig des schweren Diebstahls und des schweren Raubes ab. Der Staatsanwalt beantragte 9 Jahre Zuchthaus, das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 7½ Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Neuerwerbungen des Berliner Reichsener. Mit dem langjährigen Pächter des Berliner Reichseners Falkenberg ist ein Vertrag bis zum 1. Oktober 1926 zustande gekommen. Die Pacht ist auf 25 000 M. pro Jahr ermäßigt worden. Dafür übernimmt der Pächter Falkenberg einen großen Teil der 280 000 M. betragenden Kosten für die vollständige Renovierung der Kellerräume.

Zum Ceteris-Deutsch-Deutschen Sommerfest im Zoo am 25. d. MtS. Istet die Eintrittskarte nicht 75, sondern 25 M. Rollstuhlmittglieder erhalten in der Festkanzlei, Dorotheenstr. 13, bis zum 22. d. MtS. Karten für 15 M.

## Sport.

Ringkämpfe in Schöneberg. Im Garten des Schlossbrunnens findet zurzeit ein Ringkampftournee statt, an dem die hervorragenden Ringkämpfer: Hans Schwarz, Heinrich Weber, Ruffsch, Kober u. a. m. teilnehmen. Neben Abend betreten vier Kampfpaaire die Matte. Es ist meist ein hartes Ringen zueinander mit einander, ab und zu entschuldigt aber auch einmal die ausgebildete Technik den Sieg. Wie bei allen diesen Konfrontationen ist neben dem anerkannten erstklassigen Ringen noch ein ganzes Stab erst im Kommen begriffener Kräfte hervorgetreten, die ihre Kampftätigkeit weit mehr auf die bestmögliche Unterhaltung des Publikums, als auf den Sieg eingestellt zu haben scheinen. Die Renner des Ringkampfsports kennen diese Ruffschschützen; ihr Interesse wendet sich lediglich den ersten und vorruffschmächtig geführten Kämpfen zu. Dagegen kommen die weniger vorruffschmächtig geführten Kämpfe erst voll auf ihre Kosten. Dadurch werden aber auch allabendlich jedem Besucher der Schlossbrunnens einige anerkannte Stunden gehalten.

Der Preussische Landtag beschloß in seiner 28. Sitzung am Mittwoch, den 15. Juni 1921, zunächst die Aufhebung der Strafverfahren gegen die Abgg. Rabold (L. Soz.), Buchhorn (D. Sp.) und Frau Ege (Soz.). Nach Erledigung kleinerer Vorlagen folgt die

## 2. Beratung des Haushalts der Justizverwaltung.

### Justizminister Am Jahnhoff:

Der soziale Gedanke muß in Zukunft auch in der Justiz mehr zum Ausdruck kommen. Die Angliederung der Kaufmanns- und Gewerbegerichte als Arbeitsgerichte an die Amtsgerichte ist noch unentschieden. Hinsichtlich des materiellen Strafrechtes liegt der

### Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches

vor. Allgemein hält man das alte Strafgesetzbuch für veraltet. Die Preussische Justizverwaltung hat an dem neuen Entwurf regem Interesse. Die Abänderung der Strafen für Forstdiebstahl war besonders dringlich, weil das alte Forstdiebstahlsgesetz sehr draconische Maßregeln enthielt. Jetzt kann der Richter auf die Verhältnisse der kleinen Leute und auf die Not der Zeit Rücksicht nehmen. Freiheitsstrafen sollen, wenn sie einen Monat nicht übersteigen, durch Geldstrafen ersetzt werden. Zur Förderung des Ausbaus der Jugendgerichte soll die Strafmündigkeit von 12 auf 14 Jahre herabgesetzt werden. An Stelle von Strafmahregeln sollen Erziehungsmaßregeln angewandt werden. Die Angliederung der Jugendgerichte an das Vormundschaftsgericht ist unbedingt notwendig. Von Tag zu Tag mehrt sich die Zahl der Uebertretungen von wirtschaftlichen Verordnungen. Dadurch wird der Strafrichter seiner eigenen Aufgabe der Strafrechtspflege entzogen. Hier wird hauptsächlich der Abbau der Zwangswirtschaft günstige Wirkungen bringen. Das Reichsgericht

### Frauen zum Geschworenen- und Schöffensamt

herangezogen werden können, wird demnächst erledigt werden. Die Justizverwaltung hat keinen Einfluß auf die Auswahl der Schöffen und Geschworenen. Eine Erhöhung der Tagelöhner für die Schöffen und Geschworenen ist erforderlich. Die Reform des Strafvollzugs wird durch die Arbeiten der Kommission, deren Einsetzung der Rechtsausschuss beschloß, nach, erheblich gefördert werden. Hinsichtlich der Verfahren in Gnadenfällen ist eine Begnadigung nur dann ausgeschlossen, wenn Gnadenrichter und Staatsanwalt sich dagegen aussprechen. In Fällen, in denen auf eine Freiheitsstrafe von nur 6 Monaten erkannt worden ist, soll die bedingte Begnadigung eintreten. Von der Untersuchungshaft soll nur dann Gebrauch gemacht werden, wenn auf sie nach Lage des Falls unter keinen Umständen verzichtet werden kann. Das dreijährige Rechtsstudium genügt durchaus, wenn der Student wirklich arbeitet. Die Behauptung, die Richter entpfechten in ihren Urteilen nicht den Anforderungen der veränderten Verhältnisse, ist nicht stichhaltig. Die Schuld an Rechtsprüchen liegt in den meisten Fällen nur an dem engen Rahmen des Gesetzes für die Strafzumessung. Den Vorwurf der Klassenjustiz, wonach die Richter bewußt oder unbewußt das Recht beugen, weisen wir auch in der abgemilderten Form entschieden zurück, daß die Richter infolge ihrer Erziehung zu falschen Urteilen neigen.

### Abg. Heilmann (Soz.):

Der Justizminister hat Uebersicht über die geplanten Reformen gegeben. Die allgemeine Richtung und der Wille zur Reform ist zu begrüßen. Ob man uns in den Einzelheiten befriedigen wird, ist eine andere Frage. Nur sind wir etwas ungeduldig. Es sind bereits einige Jahre seit der Revolution ins Land gegangen, aber man vertritt noch nichts von dem neuen Geist in der Rechtspraxis. Beim Strafrecht liegen die Dinge besonders im argen. Sondergerichte und Ausnahmegerichte beschäftigen in einem fort die Gerichte. Aus dem Blickfeld der Sondergerichte findet man sich überhaupt nicht mehr heraus. Sie gefährden die Rechtssicherheit; denn die Gefährdung der öffentlichen Ordnung, auf die sie ihre Berechtigung gründen, ist längst verfallen. Ferner machen sich über ihre Verfassungsmäßigkeit die schwersten Bedenken geltend. Die Tatsache, daß in verschiedenen Fällen, sowohl das Reichsjustizministerium wie das Reichswehrministerium sich nicht für zuständig erklärten, zeigt, wie groß die Verwirrung geworden ist. Die Sondergerichte haben besonders in Mitteldeutschland mit ihrer Strafjustiz mehr Menschen zugrunde gerichtet, als der Kuffland gefloht hat. Gewiß, es sind schwere Verbrechen begangen worden. Aber die 2500 Jahre Zuchthaus gehen weit über den Schaden hinaus, der angerichtet wurde. Man hat doch auch nicht bei dem Kapp-Putsch jeden einzelnen Soldaten wegen Hochverrats bestraft. Bei der roten Armee beduziert man umgekehrt: zu warft dabei und deshalb bist du für alles verantwortlich, was geschehen ist. Das übliche Schlusswort kommunistischer Redner: „Nieder mit der Regierung!“ wird als Aufforderung zum Hochverrat mit sechs Jahren Zuchthaus bestraft. Lehndlich liegen unzählige Fälle. Als der Kuffland vorüber war, standen die Kommunisten allein. Niemand hatte Sympathie für sie. Heute, nach den Urteilen der Sondergerichtsjustiz, wendet sich die Sympathie wieder den Opfern dieser Justiz zu. Was soll man dazu sagen, daß ein einbeiniger Kriegskrüppel, der wie so mancher andere mit dem roten Hausen mitmarschierte, zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Wir hegen die warmste Sympathie für die Opfer und wir verlangen von der Regierung Stegerwald, daß sie schäntlich auf die Nachprüfung der Urteile durch das Reichsjustizministerium dringt, damit der

### Wille zur Begnadigung

unverzüglich in die Tat umgesetzt wird. Ober glaubt die Regierung Stegerwald, mit den 2500 Jahren Zuchthaus die nationale Einheit, die Stegerwald so sehr ersehnt, zu fördern? Der Wahnsinn der Klassenjustiz spaltet doch das Volk erst recht in die zwei Nationen, zerfällt die Einheit. (Große Unruhe rechts) Das Kabinett Stegerwald trägt die Schuld dafür, daß die Sondergerichte immer noch weiterbestehen und der Befolgungsstand nicht verschwindet (Wärm rechts). Was wollen Sie? Die Bemühungen der Reichsregierung in dieser Richtung werden gehemmt

### durch den Widerstand des Kabinetts Stegerwald.

Die Gerichtsurteile, die ohnehin drakonisch genug lauten, werden noch verschärft durch den Umstand, daß von den Kapp-Verbrechern kein einziger vor Gericht bestraft wurde. (Zuruf des Abg. Stendel (D. Sp.): Ihre Partei hat doch der Amnestie zugestimmt!) Herr Stendel, die Amnestie ist erst 4 oder 5 Monate nach dem Kapp-Putsch gekommen, und gerade deswegen, weil die Justiz gegenüber den Kappisten vollkommen versagt hat. Sie mußte kommen; denn Tausende, die gegen die Kappisten kämpften, waren hinter die Zuchthausmauern gebracht worden. Gegenüber den Kappisten haben die preussischen Strafverfolgungsbehörden ihre Schuldigkeit nicht getan, wie sie diese Schuldigkeit niemals tun gegenüber Leuten, die auf der äußersten Rechten zur Gewalt aufzufordern. Wie war es im Fall Cebius, wo Mitglieder des Bundes Neues Vaterland zweimal mit Ermordung bedroht wurden? Eine Geldstrafe von 1000 M. war die Sühne! (Hört, hört! links.) Wie steht es bei dem Prozeß gegen die Angehörigen des Freikorps Aulof? Die Offiziere werden gar nicht angeklagt, die vom Landgericht verurteilten Unteroffiziere sind jetzt

### vom Reichsgericht amnestiert

worben, obwohl das Landgericht festgestellt hat, daß gewöhnliche Rohheitsdelikte vorliegen. Wie steht es in dem Fall des Staatsanwaltes Zumbroich, der zur Universität ging und die Studenten aufforderte, sich der Kapp-Regierung zur Verfügung

zu stellen. Es geschah ihm gar nichts, er ist im Dienst, es war ihm nichts nachzumeisen. Woher kommt nun dies alles? Der Herr Justizminister erklärt, nichts liege ihm ferner, als der Gedanke, daß die Richter bewußt das Recht beugten. Gewiß, auch wir sind der Ansicht, daß die Richter nach bestem Wissen und Gewissen urteilen. Aber die Richter stammen alle aus den besitzenden Schichten. Sie stehen der Arbeiterklasse fern. Der Abg. Deereberg erklärte ja ganz offen im Ausschuss, daß der größte Teil der preussischen Richter sich innerlich mit dem neuen Staat noch nicht abgefunden habe, sondern an der Monarchie festhalte. Der Richter ist aber kein Automat, sondern bei seiner Tätigkeit spielt seine ganze Persönlichkeit, spielen Erziehung und Traditionen, politische Ansichten und dergleichen die größte Rolle. Herr Deereberg fragt, ob wir die monarchistischen Richter mahregeln wollten. Ich sage: nein! Freilich, früher durfte ein Sozialdemokrat nicht Richter werden (Zuruf rechts: Sehr richtig! Entrüstungsrufe links). Keine Revolution ist mit dem Richterkorps so schonend umgegangen, als die Revolution des Jahres 1918. Damals verordnete der Justizminister Dr. Rosenfeld von der unabhängigen Sozialdemokratie, daß die Unabhängigkeit und Unabsehbarkeit der Richter gewährleistet sei. Es ist nichts anderes als eine Niedertrachtigkeit, wenn die Richter es heute so hinstellen, als solle die Unabsehbarkeit beseitigt werden. Es handelt sich hier um eine schamlose Verdrängung, ja ansehnend um eine bewußte Unwahrheit. Wir wollen, daß wenigstens die neuen Richter der Republik ein besseres Verständnis für die Arbeiter haben. Das alte Richteramt war und ist fürstentreu, arbeiterfeindlich und kapitalistisch in seiner Grundstimmung. Nur ein paar kleine Zeugnisse, um die Grundstimmung unseres Richtertums etwas zu beleuchten. Da ist der Staatsanwalt Dr. Gosae. Er schreibt in der „Deutschen Tageszeitung“, die Sozialdemokratie möchte gerne eine rote Justiz haben, damit die Nordbrenner geschäftigt werden und man rechtsstehende Personen um Hab und Gut bringen könne. Da ist der Staatsanwalt Dr. Meyer in Kassel, der alle Kommunisten ohne viel Bedenken als ehrlos erklärt. Nun aber noch einen Zeugen, der gar nicht geschäftigt, sondern ganz ruhig und leidenschaftlos spricht und deshalb ein um so besserer Zeuge ist. Der Justizminister hat zum höchsten preussischen Richter, zum Kammergerichtspräsidenten den Herrn v. Staff gemacht. Herr v. Staff ist der Typus des alten Richterstandes, er ist ein ganz rechtsstehender Monarchist. Er schrieb in der „Deutschen Juristenzeitung“ anlässlich des 25. Regierungsjubiläums Wilhelms II. einen Festartikel. Darin spricht er von der „deutschen Langmut“, die zu viel Rücksicht nehme gegen den äußeren und inneren Feind, das sind wir. Herr v. Staff rühmt als große Tat Wilhelms II. das Sozialistengesetz vom 23. Oktober 1878 (Schallende Heiterkeit), und er schließt seine Artikel mit dem Hinweis, daß man in Wilhelm II.

### „den ersten Juristen Deutschlands“

zu verehren habe. (Langanhaltende schallende Heiterkeit.) Und ein Mann mit solcher Gesinnung wird in Preußen zum obersten Richter gemacht. Und noch eine Reihe von kleinen Fällen. Ein Gutsbesitzer v. Wansdorf, der einen Gewerkschaftsangehörigen des Landarbeiterverbandes beschimpft, wird trotz erwiesener Tat freigesprochen. Man höre! Die Strafkammer in Kreuzburg sagt in ihrem Urteil, der Grundbesitzer habe sich nur vollständig ausgebreitet, um die beabsichtigte Wirkung zu erzielen. (Stürmische Heiterkeit.) Auch der Ausdruck „Heher“ sei von Herrn v. Wansdorf nur gebraucht worden, weil die Landbevölkerung das Fremdwort „Agitator“ nicht verstehe. (Schallendes Gelächter.) Ein anderer kleiner Fall. Das Amtsgericht Westheim verurteilt seine Urteile noch immer „im Namen des Königs“. Das gleiche Gericht verurteilte wegen Schmuggelverdacht einen Arbeiter zu hoher Geldstrafe, dagegen der vornehme Graf, der einen Brillantenraub von Millionenwert der Grenzkontrolle entzog, wurde freigesprochen mit der sanftesten Begründung, er habe das Schmuckstück nicht ins Ausland verschoben, sondern nur seiner Frau zu einer Hoffentlichkeit nach Doorn bringen wollen. (Schirmendes Gelächter.) Wir glauben dem Justizminister gern, daß er gegen die Mißstände kämpft. Allein seine Kraft reicht nicht aus. Vor allem müssen wir verlangen, daß die Auswahl der Geschworenen nicht mehr so einseitig erfolgt, wie bisher. In Kottbus wurden 6 Jahre hindurch sämtliche Schenkberger Arbeiter von der Geschworenenliste gestrichen. Die Landesrichter müssen aus Wahlen hervorgehen. Ein Berufsrichtertum wird daneben natürlich immer notwendig sein. Aber zwei Dinge sind nötig: 1. muß den Kindern der ärmeren Leute der Weg zur Justizlaufbahn freigemacht werden, 2. müssen auch erwachsene Menschen Richter werden können, auch dann, wenn sie nicht eine volle und normale Ausbildung im Justizwesen aufweisen können. In Amerika ist man schon längst dahinter gekommen, daß zumeist erst die erwachsenen Menschen ihren wahren Beruf erfinden. Bei uns in Preußen dagegen kann nur der Jurist werden, der von Kindesbeinen an schon sich auf die Justizlaufbahn vorbereitet hat. Unter den mittleren Justizbeamten, unter den Arbeitersekretären gibt es genug Leute, die sich für den Richterberuf eignen. Die Aufrichtung des Richtertums ist doppelt notwendig, angesichts der Zustände, die heute auf den Universitäten herrschen. Die alten Juristen haben sich wenigstens im Laufe der Zeit die Hörner abgelassen, der juristische Nachwuchs dagegen ist von Haß und Neid gegen die Arbeiterklasse erfüllt. Bezüglich der Referendare ist folgendes zu sagen: Entweder man gibt ihnen Gehalt oder man erlaubt ihnen jede Art Nebenbeschäftigung. Der Justizminister will entgegenkommen. Ich sage: Arbeitsschändlich! Warum soll nicht ein Referendar sich am Abend als Revisor seinen Lebensunterhalt verdienen dürfen? Leute, die durch Not und Arbeit sich vorwärts gearbeitet haben, eignen sich viel mehr zum Richter, als die, die sich in einem ordentlichen Geschäftsbereich herausgelesen haben. Die Einseitigkeit des Richterstandes muß überwunden werden. Unser Antrag zeigt in seinen 5 Punkten den Weg, der gegangen werden muß. — Sie kennen die Ungerechtigkeit im besetzten Gebiet, wo deutsche Beamte und Bürger oft zu harten Strafen verurteilt werden. Dort im besetzten Gebiet sprechen fremde Richter über das Volk, das sie nicht kennen. Diese Fremdeheit ist der große Feind in der Justiz, sowohl im besetzten Gebiet, wie hier bei uns. Gerade das unterdrückte Deutschland, gerade das Proletariat der Welt hat es nötig, Gerechtigkeit zu üben, damit Gerechtigkeit auch in der Welt zum Durchbruch kommt. Gerechtigkeit überall — das ist unsere Lösung. Gerechtigkeit vor allem für das Volk! (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Justizminister Am Jahnhoff: Herr v. Staff ist als ein Beamter bekannt, der das volle Vertrauen der ihm unterstellten Beamten in Düsseldorf genöß. Wenn v. Staff den Kaiser den ersten Juristen des Reichs nennt, so ist das aus dem ganzen Zusammenhang verständlich. Im Falle Zumbroich war der Minister des Innern zuständig und der war damals ein Parteifreund des Abg. Heilmann. (Große Heiterkeit.)

Abg. Oppenhoff (Soz.): Das Urteil der Sozialdemokratie über unsere Richter ist unbegründet. Die Kenntnisse der Arbeiterkreise reichen für einen Volksrichter nicht aus. (Zuruf des Abg. Kay [Komm.]: Aber Ministerpräsident können sie werden!) Auch wir wünschen, daß das soziale Verständnis der Studierenden und Juristen größer wird. Frauen als Richter werden von dem großen Teil meiner Freunde abgelehnt. Auch wir sind für die Beteiligung von Frauen zur Förderung Unbemittelter in ihrem juristischen Studium.

Abg. Deereberg (Dnat.): Es ist doch ein seltsamer Widerspruch, daß heute diejenigen sich als Hüter des Rechts aufspielen, die sich durch einen unerhörten Rechtsbruch in den Besitz der Macht gesetzt haben. (Lachen links.) Wenn der sozialdemokratische Redner

dem Richterhand auch keine vorsätzliche Rechtsbrechung vorwarf, so wirkte doch die Zusammenstellung seiner Zitate wie ein solcher Vorwurf. Wir sind für die Mitwirkung der Frau in der Rechtspflege als Dolmetscherinnen. (Zuruf von Frau Ege (Soj.): Auf einmal — Heiterkeit.) Wenn unserem Volke die Religion erhalten wird, werden die Richter weniger Arbeit haben.

Donnerstag, 12 Uhr: Weiterberatung des Justizhaushalts; Kleine Vorlagen, Schluß 5 1/2 Uhr.

Der Hauptausschuß des Landtages beruht am Dienstag die Vorberatung des Domänenhaushalts. Ein demokratischer Antrag, den Erlös aus dem Verkauf von Domänen von 4 auf 10 Millionen Mark zu erhöhen, wurde einstimmig angenommen. Gegen einen Antrag, die für den Bau von Arbeiterwohnungen ausgesetzte Summe von 3 Millionen Mark zu verdoppeln, erhob die Regierung etatsrechtliche Bedenken. Trotzdem wurde der Antrag angenommen, ebenso eine Entschlieung, im nächsten Jahre hierfür

10 Millionen abzugeben. Die Summe für Landgewinnungsarbeiten in Schleswig-Holstein und an der ostpreussischen Küste wurde um 7 Millionen erhöht. Ferner fand Annahme der deutsch-nationalen Antrag, wonach bei Abgabe von Domänengrundstücken gemeinnützige Siedlungsgesellschaften eine genaue Kontrolle über die Art der Aufstellung usw. ausgeübt werden soll. Dagegen wurde ein sozialdemokratischer Antrag auf Verlegung eines Entwurfes zur Bereitstellung von Mitteln für die Selbstbewirtschaftung der Domänen abgelehnt.

Der Vizepräsident des Preussischen Landtages beschloß, in der Ueberzeugung, daß es doch nicht gelingen werde, den Haushaltsplan vor der großen Vertagung zu verabschieden, sich Mitte Juli, voraussichtlich am 15. Juli bis Ende September zu verlagern. Zwecks Förderung der Arbeiten soll der Hauptausschuß mit der weiteren Vorberatung des Haushalts bereits Ende August beginnen.

# Der Holz-Prozess.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Immer mehr schwindet bei Holz die Beherrschtheit, die er im Beginn seines Prozesses dem Gericht zeigte. Gestern verdroß es ihn, daß eine Zeugenaufrage nach der anderen den Nimbus zerstörte, mit dem er sich und die Seinen zu umgeben versuchte. Daß er Gefangene sogar mit Fußtritten mißhandelt hatte, ließ sich nicht gut noch als „taktische Maßregel“ erklären. Die Nachmittags-Sitzung brachte sehr anschauliche Schilderungen der Leiden, die eine Gruppe verschleppter Geiseln zu erdulden gehabt hatte. Man erfuhr, daß die Leute des Holz die Hilflosen den Kugeln der anrückenden Sicherheitspolizei überließen, wobei zwei der Geiseln getötet und drei verwundet wurden. Gereizt antwortete Holz auf die Behauptung, daß in Schraplau nach seinem Abzug die Sicherheitspolizei sechs Arbeiter ermordet habe. Als der Vorsitzende abwehrte, hier werde gegen Holz, nicht gegen die Sicherheitspolizei verhandelt, führte Holz eine wüste Bärmische auf. Das wiederholte er nachher, und er schrie die Richter an: „Sie, meine Herren, sind die Mörder!“ In schöner Unparteilichkeit ließ er schließlich seine üble Laune auch an seinem Verteidiger Justizrat Broh aus, der ihm etwas nicht recht gemacht hatte, und schnaunte ihn mit einem „Zum Donnerwetter!“ an.

Sehr ausführlich erzählt der Prediger Neumeister aus Wimmelburg, der

## als Geisel verschleppt

morden ist, seine mehr als bösen Erlebnisse. Die Sache begann damit, daß jemand bei ihm erschien und eine Forderung an ihn stellte. Er hat ihn abgewiesen. Ihm wurde gedroht, daß die Kirche in Feuer genommen werden würde. Am nächsten Morgen seien zwölf Bewaffnete bei ihm erschienen, die er aber heftig ansah und aus dem Hause wies. Als er nächsten Tages bei seiner Arbeit lag, kletterten ein paar Jungen ein Plakat an sein Haus. Als er es wieder entfernte, wurde ihm gesagt: „Haben Sie Holzschanz kennen gelernt?“ und als er verneinte, wurde hinzugefügt: „Dann werden Sie ihn kennen lernen!“ Der Zeuge schildert seine Erlebnisse bei seiner Verhaftung. Es fanden um ihn 400 Mann herum. Der Anzeigende Holz habe ihn vier bis fünfmal so ins Gesicht geschlagen, daß er besüßelt habe, das Gehör zu verlieren. Dann habe Holz ihm gegen die Knie geklopft und gestreut, so daß er zu Boden gefallen sei. Dann hieß es: „Der Mann wird abgeführt!“ Nach einiger Zeit kam Holz und sagte: „Wenn Sie nicht bis 12 Uhr 5 Minuten 100.000 Mark auf den Tisch legen, werden Sie erschossen!“ Zeuge ist dann zum Domänenhofe geführt worden, wo schon im Wohnzimmer Dr. Evers, dessen Frau und zahlreiche andere Geiseln aus Eisleben usw. sich befanden. Auf Wagen wurden sie alle nach Sangerhausen zum Schützenplatz geführt. Nach kurzer Zeit hieß es:

## Gefangene heraus.

Wir sollten alle Sachen abgeben. Ihre Ringe, Geldtaschen, alles wurde weggenommen; wir wurden vollständig ausgeplündert. Holz gab in unserer Gegenwart später den Befehl, der Sipo mitzutellen, daß das Leben der Geiseln von dem Leben der in Eisleben verhafteten Kommunisten abhängt. Zu uns hatte Holz gesagt: „In Eisleben ist die Frau des Redakteurs Schneider verhaftet; wird sie ermordet, dann werden auch alle Gefangenen erschossen.“ Auf diesen Umständen sind die Gefangenen auf einem Lastwagen, der einem Auto mit Munition angehängt war, weggebracht worden. Bei Bruchzeit kam die Schupo und unser Wagen wurde befreit. Dori: Dabei wurden Pastor Schneider und Pastor Müller von hinten der Schupo erschossen. Zeuge: Pastor Müller war in Bruchzeit in vollem Ornat auf dem Wege zur Kirche verhaftet worden. Als die Schupo anrückte, sprangen die Kommunisten vom Wagen und warfen sich in den Graben. Unser Wagen diente ihnen zwischen sich und der Schupo als Deckung. Pastor Müller kam von zwei Schüssen in Brust und Kopf zusammen. Uns war streng verboten, den Wagen zu verlassen.

Auf die Frage eines Beisizers befindet Zeuge noch, daß die Begleiter des Holz ihm erklärt hätten, „wenn die Sipo angreife, würde er, Zeuge, als Kugelfang benutzt werden.“

Angeklagter Holz erklärt hierzu, daß damit nur eine Bedrohung beabsichtigt gewesen sei. Holz wendet sich insbesondere dagegen, daß er gewußt habe, daß es sich um einen Pastor handle. Wenn er dies gewußt hätte, so hätte er ihn nicht geschlagen.

Zeuge Pfarrer Neumeister (erregt): So, wenn es ein Pastor ist, dann wird er geschont, wenn es aber nur ein Arbeiter oder Bergmann war, der wurde von Ihnen wie ein wertloser Gegenstand behandelt.

## das ist Ihre Auffassung von Freiheit?

Zeuge Bergmann Mehroth befindet, daß er von den Holz'schen Beuten geschlagen und mit Fußtritten bearbeitet worden sei, als er sich weigerte, in die Rote Armee einzutreten.

Generalrat Dr. Evers-Eisleben schildert seine Erlebnisse am 25. März ähnlich wie die anderen Zeugen. Auf die Drohungen der Holz-Männer habe er, Zeuge, mit seiner Familie sofort die Villa verlassen müssen. Bald darauf erfolgte eine furchtbare Detonation, das Krankenhaus bebte, und sämtliche nach der gesprengten Villa gelegenen Fenster waren eingestürzt. Geräusche Zeit später bemerkte Zeuge, daß in einem Vorderzimmer seiner Villa ein flackerndes Feuer brannte, welches offenbar nachträglich angezündet war. Am späten Abend wurde Zeuge von einem Bewaffneten nach dem Krankenhause gebracht, wo ihm Holz entgegentrat. Hier sah Zeuge, daß dieser nicht derselbe war wie der Mann, der sich zuerst als Holz ausgegeben hatte. Auf meine Frage, wer nun eigentlich der richtige Holz sei, erklärte der zweite Mann: Ich bin Holz. Der andere ist mein Adjutant, Franz Schneider. Was der tut ist so gut, als wenn ich es selbst tue. Er kann sich deshalb auch Holz Holz nennen. (I) Holz habe darauf in kurzem militärischen Tone gesagt: Führen Sie mich zu meinen verwundeten Soldaten. Ich mußte angeht der drohenden Pistolenschüsse verschiedene Aufträge ausführen, wobei ich stets barisch angeschaut wurde. Am nächsten Morgen kam ich zu dem Entschluß, mich unsichtbar zu machen, da ich damit rechnen mußte, von Holz

## als Geisel verschleppt

zu werden. Ich fuhr mit meiner Frau fort. Untermwegs hatte ich das Pech, wieder Holz in die Arme zu laufen. Wir wurden beide für verhaftet erklärt und in ein Zimmer gesperrt, wo Holz in höflichem Tone mir zurück: Lassen sie Holz durchsuchen alles

und gab mir, da er nichts Verdächtiges fand, alles wieder zurück. Holz verlangte nun 500.000 Mark von mir, anderenfalls ich erschossen würde. Als meine Frau Einwendungen machte, fuhr sie Holz an: Raul hatten! Mit Frauenzimmern haben wir nichts zu schaffen, die können sich einen Strick kaufen oder ins Wasser springen! Ich schrieb dann einen Zettel an meinen Bekannten in Eisleben, den ein Rotgardist dorthin schaffte. In der Zwischenzeit nahm Holz die Meldung von Radfahrerpatrouillen entgegen, welche in dem nur lose aufgestellten Verklammerungs-Meldungen brachten. Nach einiger Zeit kamen zwei in dem Radgesecht gefangen genommene Rotgardisten als Parlamentäre aus Eisleben zurück mit einem Zettel: „Wenn Dr. Evers binnen einer Stunde nicht auf freiem Fuße ist, werden 35 gefangene Kommunisten und die Frau Holz erschossen.“ Holz lockte nur über diesen Zettel und äußerte: Ihr könnt mich nicht erschrecken! Dagegen begann er nun in zynischer Weise meine Frau und mich mit den Drohungen mit Erschießen zu quälen. Die Gefangenen wurden zu zwei und zwei hintereinander weggebracht nach einem

## vollkommenen Kriegslager

mit einer Masse von Bastanten, Maschinengewehren und allem sonstigen Zubehör. Wir wurden gezwungen, auf ein Lastauto zu steigen, und es sollte weggeführt werden. Da trat Holz nochmals an das Auto heran und befahl in drückerem Tone: „Die Gefangenen haben sich zu setzen!“ Wir konnten so nicht übersehen, wohin die Fahrt ging. Kurz vor Sangerhausen wurde halt gemacht, und die Wachen nahmen, die wir machen konnten, deuteten darauf hin, daß ein Angriff auf Sangerhausen ins Werk gesetzt wurde. Als das Auto durch die Straßen von Sangerhausen fuhr, knallten Schüsse, und es wurde gerufen: „Fenster zum Straßen frei!“ — Der Zeuge erzählt dann weiter, wie ihm und seiner Gattin gestirrt worden war, unter Begleitung der Rotgardisten nach dem Schützenplatz zu gehen, um dort etwas zum Essen sich zu besorgen. Auf dem Schützenplatz hat sich dann ein großes rotes Heerlager entwickelt, daran schließend ein großer Bierwarr, und es ist dem Zeugen gelungen, mit seiner Frau in das Haus eines Bekannten zu flüchten. — Dori: Warum gerade war es auf die Sprengung Ihres Hauses abgesehen? — Zeuge: Es war eine größere Zahl angeleglicher Reaktionäre auf die schwarze Liste gesetzt worden, darunter befand auch ich mich. Ich hatte nicht eine Schuß- oder Stielwaffe im Hause, gehörte auch nicht der Draisel oder einer anderen Organisation an. — Auf weitere Fragen erklärt Zeuge Dr. Evers, daß die Insassen des Krankenhauses zwar nicht körperlichen, wohl aber erheblichen psychischen Schaden durch die Detonation erlitten hatten. — Dori: Welchen Schaden haben Sie durch die Sprengung der Villa erlitten? — Zeuge: Meine gesamte Habe ist vollkommen vernichtet worden. Ich fand nur noch einen Schutzhäuser verbrannten Geblümpels. Der Gesamtschaden beläuft sich auf über 500.000 Mark.

Zeuge Maschinenmeister Forke aus Berlin hielt sich besuchswelt in der Ransschischen Gegend auf. Er hat von Mitspielern der Holz'schen Bande gehört, daß Holz selbst erklärt habe, „wenn die Sipo nicht abjirbe, gehe Eisleben in die Luft. Wer keine Waffe habe, solle sich wenigstens mit Streichhölzern versehen und diese benutzen“ (zu Brandstiftungen).

Redakteur Heese vom „Anhalter Courier“ in Bernburg berichtet, daß er erst nach Wassertröden zum Hauptquartier und dann nach Eisleben zum Hauptstäbelsauschuß gebracht werden sollte. Untermwegs ist er durch Schläge auf den Kopf und Fußtritte mißhandelt worden. Auch Holz selbst habe ihn mit Ohrfeigen und Fußtritten mißhandelt und ihm unter Vorhalten der Pistole mehrfach gedroht, ihn zu erschließen. Der Zeuge ist völlig ausgeplündert worden, selbst die Hosenträger sind ihm abgenommen worden. Auch ihm ist gesagt worden, daß er mit anderen Geiseln als Kugelfang benutzt werden sollte. Während des Geschehens bei Lauchschloß blieb der Wagen mit den Geiseln direkt in der Feuerlinie stehen, so daß die angreifende Sipo, die bei der Entfernung von circa 300 Metern nicht erkennen konnte, daß es sich um unbewaffnete Menschen handelte, auch auf diese feuerte. Dies hatte den traurigen Erfolg, daß zwei der Geiseln, darunter ein Pastor Müller, erschossen wurden und mehrere andere schwer verwundet wurden.

Zeuge Bürgermeister Bruno Brünighaus-Sangerhausen schildert seine einzelnen Erlebnisse als Geisel. Holz sei am Abend an die Geiseln herangetreten und habe in verärgertem, jähem Ton erklärt: „Na, da seid Ihr ja, Ihr Sangerhauser Spieler! Run schafft man Geld, sonst geht es Euch an den Kragen!“

Da den Geiseln die Situation doch immerhin etwas bedrohlich erschien, wurde Holz gefragt: „Wieviel verlangen Sie denn?“ Holz erklärte: „Bis 500.000 Mark!“ Einer der Geiseln, ein Rechtsanwalt, erklärte sich bereit, nach Sangerhausen zurückzufahren, kam aber selbst nicht wieder. Des Nachts wurden die Geiseln in einem kleinen Raum untergebracht. In diesem erschien Holz und erklärte: „Na, schafft man eine Million ran, sonst geht es Euch schlecht!“ Die Geiseln sind völlig ausgeplündert worden. Mitten in der Nacht wurde noch ein Gefangener unter furchtbarem Lärm in den Reihenhingestochen, und zugleich ertönte eine Stimme: „Nun könnt Ihr als Kugelfang dienen.“ Als am nächsten Tage das Gescheh bei Lauchschloß begann, blieben die Wagen mit den Geiseln stehen, und die kommunistische Räuberbande befahl, daß die Geiseln in dem Wagen zu bleiben haben, anderenfalls auf sie geschossen würde. Mithin sprach Pastor Müller auf, rief sich den Kopf auf und schrie: „Ich bin getroffen. Meine armen Kinder!“ Er stürzte zu Boden und war gleich darauf tot. Ebenso erlag es einem anderen Insassen des Wagens. „Als die Sipo heranströmte, stürzte sie sich auf uns“, so fährt der Zeuge fort, „da wir so schmutzig und vermisert aussahen, daß sie uns nicht für Geiseln, sondern für Kommunisten hielt. Einer der Sipobeamten hielt mir eine Pistole vor die Stirn und rief: „Ihr seid schöne Geiseln, Ihr verfluchte Kommunistenbande! Erst als ich dem Beutnant der Sipo den im vollen Ornat im Wagen liegenden toten Pastor zeigte, glaubte man uns.“ Holz erklärte hierzu, daß niemand im Ernst daran gedacht habe, die Geiseln als Kugelfang zu benutzen. Während dieses Geschehens bei Lauchschloß hatte Zeuge, habe er vor Ummendorf im Kampfe mit der Sipo gelegen.

Vollredirektor Wendel-Sangerhausen schildert, wie das Postamt ausgeplündert wurde. Es wurden circa 70.000 Mark erbeutet. Als der Versuch, das Lösegeld von 500.000 Mark zu beschaffen, vergeblich blieb, bot Zeuge von dem in seinem Besitze befindlichen Postgeldern dem Holz das Postgeld an. Holz nahm 150.000 Mark, ließ aber die Geiseln trotzdem nicht frei. Der Zeuge befindet sich schließlich noch, daß auf Befehl des Holz das Telefon- und das Telegraphenzimmer des Postamts gesprengt worden und der Post ein Schaden von insgesamt 400.000 Mark entstanden sei.

Zeuge Postinspektor Klapprogge war gleichfalls Geisel. Er verneint eine Frage des Vorsitzenden, ob er persönlich von

Holz mißhandelt worden ist. Mit erhöhter Stimme erwähnt der Zeuge, daß ihm sein Portemonnaie und auch eine Schlippenadel, die ein Andenken an seinen verstorbenen Jungen gewesen, abgenommen wurden. Es wurde alles in einen Briefumschlag getan, und den Geiseln wurde gesagt, daß sie alles wiedererhalten würden. Er habe seinen Namen an den Briefumschlag zu diesem Zweck geschrieben. — Dori: Sie haben aber nichts zurückbekommen? — Zeuge: O Gott bewahre! (Heiterkeit.) Holz: Mir ist ja bei meiner Festnahme auch alles weggenommen worden! Ich trage ja jetzt auch keine Schlippenadel! Mit demselben Recht habe ich Ihnen auch Ihre Schlippenadel weggenommen. — Der Zeuge hat, wie er auf Befragen angibt, das Gefühl gehabt, daß sie als Kugelfang benutzt werden sollten.

Bürgermeister Dorchert (Schraplau) weiß nichts von Sprengungen und auch nichts davon, daß, wie der

## Verteidiger behauptet, Arbeiter von Siposleuten verwundet

wurden. Die Verteidigung wünscht weitere Auskunft in dieser Beziehung, worauf der Zeuge erwidert, daß die Sipo nur am Morgen durchgezogen sei und gegen Mittag, nach Abzug der Sipo sechs Arbeiter in einem verlassenen Kalkofen mit Schüssen in der Brust aufgefunden seien. Wie sie ums Leben gekommen sind und ob sie ermordet sind, kann der Zeuge nicht bekunden; das sei Gegenstand einer noch schwebenden Untersuchung. Weitere hierauf bezügliche Ausführungen des Holz unterbricht der Vorsitzende mit der Bemerkung: „Lassen Sie doch! Wir verhandeln hier nicht gegen die Sipo, sondern gegen Sie!“ — Holz mit sehr leiser, schließlich ins Brüllen übergehender Stimme: Sie verhandeln nicht gegen mich, sondern gegen das revolutionäre Proletariat. Sie haben hier nur den Mut der Verhandlung, weil Sie sich auf die bewaffnete Macht stützen! Ihnen ist es natürlich gleich, wenn Arbeiter ermordet werden, aber Sie regen sich auf, wenn Kapitalisten ermordet werden. — Dori: Rühmen Sie Ihre Sprache! — Holz (schreiend): Führen Sie doch auch noch meine Verteidiger hinaus! — Weitere Ausführungen der Verteidiger beziehen sich noch eingehender auf die von ihnen behauptete Ermordung der 6 Arbeiter durch die Siposleute und stellen den Antrag auf Ladung eines außerhalb wohnenden Arbeiters. Das Gericht beschließt, diesen neuen Zeugen auf den 20. d. M. zu laden und vertagt die Sitzung auf Freitag 9 1/2 Uhr.

## Groß-Berliner Parteinaufrichten.

### Bezirksverband Berlin der SPD.

Der nach den Sitzungen des Bezirksverbandes abgehaltenen Bezirksstag

findet am Samstag, den 7. August, vormittags 8 Uhr, in den Remisenbauern, Kommandantenstr. 24/25, statt.

Vorläufige Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Parteitag, 2. Wahl der Delegierten, 3. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht, 4. Wahlen: a) der Vorsitzenden, Schriftführer, Revolveren und der Vertreter der Frauen; b) der Parteimitglieder für den „Vorwärts“; c) des Abwärtensauschusses; d) der Mitglieder für den Bezirksverband des Bezirks Arbeiter-Jugend Groß-Berlin.

Wenn die Tagesordnung am 7. August nicht erledigt werden sollte, ist für den 14. August die Fortsetzung des Bezirksstages vorgesehen.

Die Wahl der Delegierten für den Parteitag geschieht in den Abteilungen. Meistel Delegierte jede Abteilung zu wählen hat, ist in der Zusammenkunft der SPD-Mitglieder bekanntzugeben. Die dementsprechende Anzahl Delegiertenkarten werden den Abteilungen rechtzeitig zugehen. Demgemäß Sachsituation, jedoch der Raum es gestattet.

Die Kandidaten für die Delegation zum Parteitag werden in der Bezirksversammlung der Kreise in Vorschlag gebracht. Die Wahl selbst erfolgt auf dem Bezirksstag.

Die Abteilungen werden ersucht, zu der Tagesordnung des Bezirksstages Stellung zu nehmen. Vorschläge und Anträge müssen zwei Wochen vorher dem Bezirkssekretariat eingereicht sein.

Der Bezirksverband.

Bezirkspartei für Brandenburg. Der in der gestrigen Morgenausgabe angefügte Bezirksparteitags unserer Partei am 20. und 21. August bezieht sich, was ausdrücklich festgesetzt ist, auf die Provinz Brandenburg.

## Heute, Donnerstag, den 16. Juni:

Sozialistisches Jugend-Groß-Berlin, 5 1/2 Uhr im Bureau des Bezirks-Hilfswirtschafts, Lindenstr. 2, 2. Hof, 4 Tr., Zimmer 10, wichtige Sitzung der Obleute des Kreisabwärtensauschusses. Töber Kreis muß unter allen Umständen vertreten sein.

Jungsozialisten, Gruppe Silesien und Krechow 7 1/2 Uhr im Saal der Juristischen Sprachschule, Lindenstr. 2, „Politischer Abend“ unter Mitwirkung von Arthur Jäger und Feilcke. — Gruppe Realien Beteiligung am Spielfest der Arbeiter-Jugend in Kropstin. (Spisplatz 6, nahe des kleinen Spisplatzes). — Gruppe Friedrichshagen: 7 1/2 Uhr im Konzerthaus der Schule Stachmannstr. 4, Vortrag: „Jugendabend in Berlin“, Referent Hermann Müller. — Gruppe Friedrichshagen: 7 1/2 Uhr bei Schöb, Friedrichstr. 11, Vortrag über „Das Arbeiterprogramm“, Referent Gottlieb Hörmann. — Gruppe Schöneberg-Friedrichstr.: 7 1/2 Uhr bei Kiele, Kälberstr. 14, Vortrag. — Gruppe Tempelhofer-Ringstr.: in Tempelhofer, Germaniastraße (Engeln Kinderherd), Vortrag.

## Morgen, Freitag, den 17. Juni:

4. Kreis Halle'sches Land, 7 1/2 Uhr bei Reim, Urbanstr. 29, Kreisvorstandssitzung.

17. Abt. 7 Uhr Abrechnung der Bezirksleiter mit dem Abteilungsleiter bei Dori, Dornstr. 8.

78. Abt. Schöneberg, 7 1/2 Uhr Vorstandssitzung bei Grundl, Reintager Str. 8.

Vollständige Tagesordnung.

Jungsozialisten, Gruppe Schöneberg-Friedrichstr.: 7 1/2 Uhr bei Kiele, Kälberstr. 14, Fortsetzung über „Jungsozialistische Probleme“.

## Frauenabende am Freitag, den 17. Juni:

79. Abt. Schöneberg, 8 Uhr bei Groß, Schöberl, 17, Thema: „Sozialistische Reform des Hauswesens“, Referentin Emma Groll.

84. Abt. Rankow, 7 1/2 Uhr bei Lehmann, Kaiser-Wilhelm-Str. 29/31, Thema: „A 218“, Referentin Frau Dr. Alice Brandenthal.

## Jugendveranstaltungen.

Bezirk Arbeiter-Jugend Groß-Berlin, Sekretariat: K. 40, In den Felten 33. Eine Sonnabendfeier findet am Sonnabend, den 13. Juni, abends, in den Colonnaden (an der Köpenicker Brücke) statt. Teilnehmern zum Preise von 1 M. sind auf familiäre Veranstaltungen und in Jugendreferatariat, K. 40, In den Felten 33, zu haben.

## Freitag, den 16. Juni:

Johannisthal: Jugendheim Johannes-Werner-Strasse, Vortrag: „Das Vaterland“, — Kalkbrenner Jugendheim Schulz-Kugule-Straße, Mitteilungsversammlung, Kalkbrenner Jugendheim Reuss Straße, Kalkbrenner-Veranstaltung, — Niederschlesische Jugendheim Berliner Straße, Vortrag: „Sport und Arbeiterjugend“, — Stralauer Viertel: Jugendheim Kalkbrenner (Schule), Disziplinabend: „Wandererfahrten“, — Kreis-Friedrichshagen: Schule Offenbacher Straße, Disziplinabend: „Recht und Pflichten der Mitglieder“, — Kropstin: 17 Uhr Treffpunkt Schützenhaus, Oda Größelstraße zur Demonstration am Rannowsee. Banner und Fahnen sowie Musikinstrumente auszubringen.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Bezirk Arbeiter-Schönwälder Berlin, Mitglied des K. 21, M. 11, Freitag, den 17. Juni, abends 7 Uhr, im Hotel Schönehauser Wer 156, außerordentliche Generalversammlung: Abstimmung über den Anschlag an den Arbeiter-Turn- und Sport-Verein. — Kalkbrenner-Bezirk, „Die Naturfreund“, Ostsee, Altona, Abt. Ostbahnhofs, Nachtwanderung am 19. Juni: Rönigswälder-Bezirk, Kalkbrenner-Bezirk, Abt. am 18. Juni, Abt. K. 25 abends. — Verband Volksgesundheit, Donnerstag, den 16. Juni, Vortrag des Gewerkschaftler: „Kapital im Lichte der modernen Psychotherapie“, Oberrealschule Niederwallstr. 10/12, 1/2 1/2 Uhr.

## Aus aller Welt.

### Ergebnis der Untersuchung über das Altkauer Bergwerksglück.

Die amtliche Untersuchung, die zur Klärung der Ursache des Grubenunglücks auf dem Union-Schacht geführt worden ist, stellt fest, daß das Unglück auf ein nicht voraussehbares katastrophales Ereignis zurückgeführt werden muß. Die Leichen der 16 Bergleute, die sich noch im Schachte befanden, konnten auch bis heute noch nicht zutage gefördert werden, da das Bestreben des Schachtes mit Lebensgefahr verbunden ist.

GOLDSTÜCK

EDELSTÜCK

STÜCK

WEINBRENNEREIEN  
ACT. GES. HANAU N. A. SEIT 1836

Zweigniederlassung Berlin O 24, Romlauer Str. 48. Tel: Kpt. 591.

URSTÜCK

MEISTERSTÜCK

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus  
Der Barbier von Sevilla  
7 1/2 Uhr

Schauspielhaus  
Stroh Die Fliege  
7 Uhr

Deutsches Theater  
7 1/2 Uhr: Pötsch & Perlmutter  
Fr. 7 1/2: Pötsch & Perlmutter

Kammerspiele  
8 Uhr: Frühlings Erwachen  
Fr. 8 U.: Büchse der Pandora

Gr. Schauspielhaus  
7 U.: Ein Sommernachtstraum  
(12. Abteilung S. Abend)

Königgrätzer Str.  
Täglich 7.30 Uhr  
Mit dem Feuer spielen

Maria Orska  
Johannes Riemann  
Paul Bildt

Berliner Theater  
Allabendlich 7.30 Uhr  
DAS  
Millionen

Ralph Arter Roberts,  
Elise Müller, Uechlillett,  
Herbert Kiper,  
Paul Rehkopi

Komödienhaus  
Allabendlich 7.30 Uhr:  
Der blonde Engel

von Robert Winterberg  
Paul Heidemann & G.  
Josefine Dora v. Statzsch

Central-Theater  
Jionka

Deutsches Opernhaus  
Mignon

Friedr. Wilhelmstr. Th.  
Die Kleine aus der Hölle

Kl. Schauspielhaus  
Reigen

Kleines Theater  
Olga Limburg in  
Nur ein Traum

Laustpielhaus  
Arnold Rick in  
Die spanische Fliege

Metropol-Theater  
Die blaue Mazur

Neues Operntheater  
American-Girl

Neues Volkstheater  
Die St. Jakobshaut

Residenz-Theater  
7 1/2 Uhr: Max Adalbert in  
Ab dafür!

Schiller-Theat. Charl.  
7 1/2 Uhr: 100 000 Taler

Schloßpark-Theat.  
Steglitz, Schloßstraße 48  
1 1/2 U.: Der Rangierbahnhof

Thalia-Theater  
Mascottchen

Th. am Nollendorfplatz  
Der Vetter aus Dingsda

Theater des Westens  
Morgen wieder lustig!

Trianon-Theater  
Ab Sonntag  
Der Kahlkeim

Wahalla-Theater  
Scheidungsreise

Komische Oper  
Opernspielzeit  
Täglich 7 1/2 Uhr

Alt-Heidelberg  
Oper von Pacchierotti  
Stp. 3/4: Der Barbier v. Sevilla

Rose-Theater  
Wo die Schwalben  
nisten

Folles Caprice  
Linienstr. 112 am Oranienb. T.  
Täglich 8 Uhr:

Schlafzimmergeheimnis  
und  
Liebe an groß

mit Ferd. Grünecker  
Admiral-Palast  
7 1/2 Uhr: Abrakadabra

Volksbühne  
Der Bauer als Millionär

Lessing-Theater  
Allabendlich 7 1/2 Uhr:  
Die Ballerina des Königs

Deutsches Künstler-Theater  
7 1/2 Uhr: Geständnis

Berliner Prater  
Kastanien-Allee 7-9  
Täglich 7 1/2 Uhr:

Wenn Engel streiken!  
Operette in 3 Akten

Die große  
Ausstattungs-Schau

Tip Tip  
Hurrah!

Lehrer 150 Mitwirk.  
mit dem bekannten  
Wilhelm Harstein

Albert Paulig  
Helix Sarnow  
Brna Albert  
Elise Scholtzka

Ordn.-Pferdewagen

WINTERGARTEN  
Varieté-Spielplan

Rauchen gestattet!

Th. a. Kolonnenstr. 24  
Tel. Moritzpl. 10077  
Tägl. 7 1/2 Uhr:

Elite-Sänger  
10 Herren!  
Witz! Komik!  
Urkom. Typen!

Gebr. Lacherfolg  
Vorv. 11-14, 4-6 U.

Reichshall-Theater  
Stettiner Sänger

HEUTE:  
Britton-  
Benefiz

Behrenstraße 24  
Präz. 7 1/2 Uhr: Internat.  
Damen-Boxkämpfe

und der unbetreffliche  
Juni-Spielplan

Schau-Burg  
Königgrätzer Straße 121.  
Täglich 8 1/2 Uhr:

Herrnfeld-Gastsp.  
Wer ist der Vater?

Ab 7 Uhr:  
Filmprogramm

Park-Restaurant  
Südende

Südring 1224  
Tanz-Abende

täglich  
außer Montag

Zinn u. Blei  
sowie alle Altmetalle kaufen  
zu Tagespreisen

Metallschmelzwerke,  
Waldemarstr. 74.  
Telephon: Moritzplatz 924

Ankauf  
Juwelen

Narora & Co.  
Kanonierstr. 9.

„Neue Welt“

Arnold Scholz \* Hasenheide 108/114

Heute, Donnerstag, den 16. Juni  
Vollständig neues  
Varieté-Programm

Gr. Fronten-Feuerwerk  
mit riesigen Schuß-Dimensionen

villa Pomp oder Wohnungsnot  
ausgef. v. d. Pyrotechniker E. Nienandl

Anfang 5 Uhr

Dr. med. H. Schmidt, Spezialarzt

Berlin NW 108, Kirchstr. 24 (Sprechstunde 11-1, 3-7,  
Sonntag 10-12), behandelt Syphilis, Geschlechtskrank-  
heiten, sexuelle Schwäche, Frauen- u. Unterleibskrank-

heiten, bewährten Verfahr. auf glatte Wege  
nach eigenem bewährten Verfahr. auf glatte Wege  
ohne Einspritzung und ohne Berufsberatung. Befreiende  
Hirschpille vollständig diskret ohne jeden Ausdruck kosten-

los gegen Rückporto. Leiden angeben. 188/12

Preuß. Staats-Lotterie

Ziehung 1. Klasse am 12. und 13. Juli 1921  
Orig.-Los 1/4 Los = 10 M. | 1/4 Los = 20 M. | Porto  
zusätzlich.  
Preisen v. 1/4 Los = 40 M. | 1/4 Los = 80 M. | M. 1,20

LEIPZIGER, Staatl. Lotterie-  
Einkaufsbureau  
Berlin NW 87, Gutzkowskystraße 37

Parasprecher: Maabitz 7379  
Postcheck-Konto Berlin 21 155

Albert Rosenhain's neuester  
Patent-Kupee-Koffer

(Vor Nachnahme geprüf. gefügigt D. R. G. M.)

Elegant / Praktisch / Leicht / Wasserdicht  
Länge ca. 65 70 cm  
Mit guten Stahlschloßschlüsseln, echtes  
Vulcan-Fibrol-Eisen u. festem Ledergriff  
Mfr. 150.- 165.-

Albert Rosenhain  
Berlin SW, Leipziger Str. 72-74, neben den Kolonnen  
Größtes Spezialgeschäft für Bedewarten und Neuhelten

Verkäufe  
Wingler, Konturlos, ele-  
gante Ausführung, prima  
Materialien, von 200 Mark an,  
Belastung ohne Rücksicht auf  
Lebensdauer, Gänge, Ring-  
größe 26 U.

Wingler, Konturlos, ele-  
gante Ausführung, prima  
Materialien, von 200 Mark an,  
Belastung ohne Rücksicht auf  
Lebensdauer, Gänge, Ring-  
größe 26 U.

Wingler, Konturlos, ele-  
gante Ausführung, prima  
Materialien, von 200 Mark an,  
Belastung ohne Rücksicht auf  
Lebensdauer, Gänge, Ring-  
größe 26 U.

Wingler, Konturlos, ele-  
gante Ausführung, prima  
Materialien, von 200 Mark an,  
Belastung ohne Rücksicht auf  
Lebensdauer, Gänge, Ring-  
größe 26 U.

Wingler, Konturlos, ele-  
gante Ausführung, prima  
Materialien, von 200 Mark an,  
Belastung ohne Rücksicht auf  
Lebensdauer, Gänge, Ring-  
größe 26 U.

Wingler, Konturlos, ele-  
gante Ausführung, prima  
Materialien, von 200 Mark an,  
Belastung ohne Rücksicht auf  
Lebensdauer, Gänge, Ring-  
größe 26 U.

Wingler, Konturlos, ele-  
gante Ausführung, prima  
Materialien, von 200 Mark an,  
Belastung ohne Rücksicht auf  
Lebensdauer, Gänge, Ring-  
größe 26 U.

Wingler, Konturlos, ele-  
gante Ausführung, prima  
Materialien, von 200 Mark an,  
Belastung ohne Rücksicht auf  
Lebensdauer, Gänge, Ring-  
größe 26 U.

Wingler, Konturlos, ele-  
gante Ausführung, prima  
Materialien, von 200 Mark an,  
Belastung ohne Rücksicht auf  
Lebensdauer, Gänge, Ring-  
größe 26 U.

Wingler, Konturlos, ele-  
gante Ausführung, prima  
Materialien, von 200 Mark an,  
Belastung ohne Rücksicht auf  
Lebensdauer, Gänge, Ring-  
größe 26 U.

Wingler, Konturlos, ele-  
gante Ausführung, prima  
Materialien, von 200 Mark an,  
Belastung ohne Rücksicht auf  
Lebensdauer, Gänge, Ring-  
größe 26 U.

Wingler, Konturlos, ele-  
gante Ausführung, prima  
Materialien, von 200 Mark an,  
Belastung ohne Rücksicht auf  
Lebensdauer, Gänge, Ring-  
größe 26 U.

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Berlin: N 54, Cliniestraße 83-85  
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr  
Telephon: Amt. Rechen 186, 1209, 1207, 9714

Achtung! Erwerbslose Drucker! Achtung!  
Unsere Metallarbeiterversammlung findet schon  
heute Donnerstag, den 16. Juni, nachmittags 1 Uhr, im  
„Rosenhain Hof“, Rosenhain Str. 11/12, statt.

Am Freitag, den 17. Juni, nachm. 5 Uhr, in den  
„Schultheiß-Jesuiten“, Neue Jandorfsche 24/25:

Versammlung  
der Baukumpen und aller beiden Zunft-  
meister n. Kleinbetrieben beschaft. Kumpen

Tagesordnung:  
1. Das Ergebnis der Tarifverhandlungen.  
2. Beschlußfassung.  
3. Brandantraglegenheiten.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
Achtung! Lokomotivschmiede! Achtung!  
Am Sonntag, den 19. Juni, vormittags 9 Uhr,  
bei Doerfler, Weberstraße 17:

Versammlung  
Tagesordnung: Beschlußfassung über die An-  
träge der letzten Versammlung.

Gartenlandparzellen  
zur Bewirtschaftung, Kapitalan-  
lage und Bebauung vorzüg-  
lich geeignet, sehr bequem  
erreichbar.  
von 35 M. an die DR.  
Auskunft auch Sonntag,  
Niederschönhausen, Kaiser-  
Wilhelm-Str. 47, am Straßen-  
bahnhof Nordend. Amt Mo-  
abit 8675. (140\*

Korpulenz  
beschwerf. Leibesfülle, harte  
Falten, Doppellinie, befestigt  
und ohne Diät „Gräz-  
linna“ In 6000 L. natürl.  
Zuführungsmittel 30 Jahre  
in höchstem Erfolg bewährt.  
M. 18.-, 3 Pat. M. 43.50.  
Otto Reichel, Berlin 43  
Eisenbahnstraße 4  
Wappstein, Sofabehälter,  
Mittig, Doppelbetten 12.

Parzellen  
günstige Lage, verkauft billig  
Steuerfrei, Bremer, Bahnh-  
hof Straußberg, Constanztstr. 7

Raucher dank!!  
Das sicherste Mittel, das  
Rauchen ganz od. teilw.  
einzustellen. Wirkg. ver-  
bündend. Auskunft ums.  
Vers. San. Art. Ag. Engländer,  
München R 6, Kapuzinerstr. 9

Ziehung am 27. u. 29. Juni  
Rhein-Lotterie  
300 000 Lose 11 035 Gewinne im Werte von Mark

340 000  
100 000  
75 000  
50 000  
25 000

Ev. höchster Gewinn 1 W. v. M.  
Los 5 M. Porto u. Liste 1.20 M. extra. Nachh. 1 M. mehr.  
Überall erhältlich.  
A. Mollat, Berlin W 9, Lennestraße 4

dasselbe erhältlich Lose zur  
Preussischen Staats-Lotterie

Ziehung 1. Klasse am 12. u. 13. Juli.  
1/4 Los M. 10.-, 1/4 Los M. 20.-, 1/4 Los M. 40.-, 1/4 Los M. 50.-

Kriegsbeschädigte Hinterbliebene Ausschüsse Behörden

finden über alle Fragen der  
Militärversorgung  
zuverlässig. Auskunft im

Kommentar zum  
Reichsversorgungsgesetz  
von Hermann Müller

Die Mitwirkung des Ver-  
fassers an dem Gesetz als  
Berichterstatter des 7. Aus-  
schusses verbürgt gründ-  
liche und zutreffende Er-  
läuterung. Ein wertvoller  
Anhang mit d. wichtigsten  
einschlägigen Gesetzen u.  
Ausführungsbestimmungen  
ergänzt vortrefflich den  
Kommentar.

Preis 7.- Mark + 20%  
Buchhandlung Vorwärts  
Berlin SW 68, Lindenstr. 2

Am 11. Juni verschied  
der Schriftsteller  
Richard Balsam

Steinmetzstr. 5. Die Trauer-  
feier findet am Freitag, den  
17. Juni, nachm. 1 1/2 Uhr,  
im Krematorium Gröden-  
straße statt. Um Teilnahme  
bitten Die Schwester  
und Verwandten.

Am 11. Juni starb unsere  
Geliebte, die Genossin  
Anna Fasching

Sie verstarb in ihr ein-  
ziges und verhältnisgemäß  
Widerrückverbleiben. Beerdig-  
ung am Freitag, den 17. Juni,  
nachm. 1 1/2 Uhr, im Krematorium  
Grödenstraße 5. Um Teilnahme  
bitten Die Schwester  
und Verwandten.

Für die vielen Beweise herz-  
licher Teilnahme bei dem Ver-  
stehen meines innig geliebten  
Mannes und Säters sage ich  
hiermit allen Verwandten,  
Freunden und Bekannten sowie  
den Kolleginnen und Kollegen  
des Schlächterschafts des  
Berliner, insbesondere Herrn  
Bierhäuser für die trostreichen  
Worte meinen innigen Dank.  
Ebenso den Parteigenossen und  
Genossen der 131. Abt. d.  
Feierabendkassen für ihre zahl-  
reiche Anteilnahme meinen herz-  
lichen Dank.

Frau Frieda Vogel geb. Diehl  
und Sohn Erich.

Metallankaufsstelle  
Östern.  
Grüner Weg 60  
zahlt Tagespreise für  
Kupfer, Messing,  
Blei, Zink etc.

Münzen  
Sammlungen  
kauft Ball, Berlin,  
Wilhelmstraße 46-47

Münzen  
Handlung.

SPEZIALARZT  
Dr. med. Colman  
Friedrichstr. 91/92, 8. St.  
Haut-, Geschlechts-  
Frauen-, sex. Neurasth.  
indiv. Behandl. nach  
den neuesten wissen-  
schaftl. Methoden. Modernste  
Einrichtungen f. Unter-  
suchung u. Behandlung.  
10-1, 5-8, Sonntag 10-12.

Jagdgewehre,  
Automatische Pistolen  
u. s. w. Antiqu., Verkauf, Umkauf  
Gewehr-Fabrik  
Gustav Rätzl, Berlin  
Markgrafstr. 50.

Hausanfragen, Berufs-  
beratung jeder Art. Einzelverkauf  
an Fabrikpreisen. Deutscher  
Wohnungsbauverein 121 V. 9-12-4-7

Tüchtige  
Verkäuferinnen  
für  
verschiedene Abteilungen  
sofort gesucht  
Meldungen: 5-6 Uhr abends

A. Jandorf & Co.  
Charlottenburg  
Wilmsdorfer Str. 118/119

Arbeitsmarkt  
Stellenangebote  
Verkaufsstellen über jüngeren  
Männer zum Anlernen für  
außerhalb sucht Hans Jomst,  
Schöneberg, Warburgstr. 38.

Tüchtige Japanererin auf  
Tischgeschäften sucht Herr  
& Stein, Regendamm-  
straße 24. 3544b

Hausfrauen sucht sofort  
Reinigungs- u. Putzkräfte, Billige  
Petersburgerplatz. 25712a

Gummi-Meister  
von Rabenwerf in Groß-Berlin  
per sofort gesucht. Angebote er-  
beten unter Nr. V. 23 an die  
Exp. d. Bl.

Meister  
für Klappel von Rabenwerf  
in Groß-Berlin per sofort ge-  
sucht. Angebote erbeten unter  
Nr. U. 23 an die Exp. d. Bl.

mit der Landwirtschaft vertraute und im Ver-  
waltungsg- und Rechnungswesen erfahrene  
Beamte  
Bedingung: Gute Kenntnis flämischer Sprachen, gewandt  
im Umgang mit Arbeitern. Angebote mit Lebenslauf und  
Zeugnisabschriften an „R. 912“ Gerstmanns Annoncen-  
Bureau, Berlin W 9, Potsdamer Str. 4

Meister  
von Fabrik für Holzermaterial (Zettelpapier), welcher mit allen  
vorhandenen Arbeiten vertraut und befähigt ist, einem  
gegebenen Personal vorzustehen, für sofort in Potsdam ge-  
sucht. Gehalt finden auch einige Widler und Olenarbeiter  
angenehme Stellung.  
Offerten unter „I 23“ an die Expedition des „Vorwärts“,  
Hindenburgstr. 4

Arbeiterfretär gesucht  
Das Gewerkschaftsamt Spremberg (R.-L.) sucht  
große Anzahl eines Sekretariats eine selbständig  
arbeitende Kraft. Bezieht sich auf einen minde-  
stens fünfjährigen freigebergschaftlichen und polit-  
ischen Organisationserfahrung Angabe der Parteistellung,  
Anerkennung der Mitgliedschaft und Mitgliedschaft des  
in Betriebsratetätigkeit. Bezahlung nach den Be-  
stimmungen des Vereins „Arbeitervereine“, wozu-  
gegangene Dienstjahre in ähnlichen Stellungen werden  
angerechnet. Selbstständigste Beurteilungen sind  
unter Angabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiter-  
bewegung sowie mit einem Aufschub über die Aus-  
gaben eines Arbeiter- und Gewerkschaftsleiters bis  
25. Juni 1921 mit der Aufschrift „Spremburg“ bei Otto  
Dietzel, Spremberg (R.-L.), Wilhelmstr. 3, anzureichen.

Arbeitsmarkt  
Stellenangebote  
Verkaufsstellen über jüngeren  
Männer zum Anlernen für  
außerhalb sucht Hans Jomst,  
Schöneberg, Warburgstr. 38.

Tüchtige Japanererin auf  
Tischgeschäften sucht Herr  
& Stein, Regendamm-  
straße 24. 3544b

Hausfrauen sucht sofort  
Reinigungs- u. Putzkräfte, Billige  
Petersburgerplatz. 25712a

## Militärkonvention Angora-Moskau?

Nach einem Moskauer Funkpruch ist in Batum zwischen dem Sowjet- und Mustafa Kemal Pascha eine Militärkonvention unterzeichnet worden, durch welche sich Sowjetrußland zur militärischen Hilfe gegen Griechenland und Armenien verpflichtet. Gleichzeitig übernimmt Rußland die Verproviantierung der fernöstlichen Truppen.

## Englands Orientpolitik.

London, 15. Juni. (H.) Churchill hat gestern die mit großem Interesse erwarteten Mitteilungen über Palästina und Mesopotamien gemacht. Er sagte u. a., daß infolge der gereinigten Zustände die Anzahl der britischen Truppen in Palästina und Mesopotamien von 175 Bataillonen bei Unterzeichnung des Waffenstillstandes auf 48 Bataillone ermäßigt werden konnte. Die Ausgaben für diese Truppen schätzte er für 1921 auf 27 1/2 Millionen Pfund, während sie für das nächste Jahr 9 Millionen Pfund nicht überschreiten sollen. Man hat beschlossen, in Mesopotamien eine arabische Regierung unter einem arabischen Herrscher einzusetzen. Die vorläufige Regierung soll durch eine Nationalversammlung ersetzt und ein arabisches Heer für die nationale Verteidigung errichtet werden. Die Politik der Regierung zielt darauf hin, in Irak einen arabischen Staat zu gründen, der englandfreundlich gesinnt ist. Man hat beschlossen, das Haus von Reffa zu wählen, um ihm einen neuen Gebieter zu geben.

## Vor der Zwölf-Milliarden-Zahlung.

Paris, 15. Juni. (H.) Der Reparationsauschuß teilt in einer offiziellen Verkaufsanzeige mit, daß die deutsche Regierung zu der im Londoner Abkommen vorgesehenen Frist vom 1. Juli eine Gesamtschuldverschreibung über zwölf Milliarden Goldmark übergeben werde, eine Entscheidung, die im Einklang mit den Deutschen getroffen worden sei. Hierzu bemerkt der „Temps“, daß diese Schuldverschreibung, die ein Anerkennnis des ersten Teiles der deutschen Schuld darstellt, später in eine gewisse Anzahl von Obligationen nach Vereinbarung der alliierten Mächte eingeteilt werden soll. Dieser Teil der Schuld soll 5 Proz. Zinsen tragen und mit 1 Proz. amortisiert werden. In der erwähnten Verkaufsanzeige teilt der Reparationsauschuß ferner mit, er habe in der Angelegenheit der deutschen Holzlieferungen die deutsche Regierung daran erinnert, daß sie eine strenge Innehaltung der vorgeschriebenen Fristen erwartet. Die Fristen erstrecken sich vom 28. Mai bis 28. September 1921. Im Laufe dieses Zeitraumes seien 960 000 Kubikmeter Holz zu liefern, die unter Frankreich, Italien und Belgien verteilt werden.

## Doumer über Frankreichs Finanzlage.

Paris, 15. Juni. (H.) Finanzminister Doumer erläuterte heute nachmittags bei der Finanzdebatte der Kammer die Finanzlage Frankreichs. Nach seiner Ansicht könnten die Ausgaben für das neue Budget von 26 Milliarden in diesem Jahre auf 23 Milliarden herabgesetzt werden. Die Normaleinnahmen würden sich auf 17 1/2 Milliarden belaufen. Für diese Normaleinnahmen käme noch eine Vermehrung der Zolleinnahmen um eine Milliarde und das Ergebnis der Ausgaben von Kriegsgewinnen im etwaigen Betrage von 2 Milliarden in Betracht. Er hoffe deshalb, mit einem Defizit von 2 1/2 Milliarden durchkommen zu können. Vorgelesen sei eine Erhöhung der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer. Schließlich erklärte Minister Doumer, daß die Mobilisierungskosten der Jahresschiffe 1919 in Verträgen von Deutschland vor jeder Verteilung der Leistungen an die Alliierten auf Reparationskonto bezahlt werden müßten.

## Waffensuche in Wien.

Die glorreiche Schöpfung der Weltfriedensbringer, die Republik Deutschösterreich, ist ihrer Waffenbestände auf das gründlichste entledigt worden; sei es auf dem illegalen Wege der Diebstähle und Verschleppungen für die Nachbarmächte und die — nur anders genannte — Ortschaft, sei es legal durch die eigene Regierung und die Ententevormundschaft. Trotzdem hat jetzt die Entente mission, die sich liquidiertes Organ der Reparationskommission nennt — die Herren Segre, Juccacci usw. sind bereits abgezogen, da man erkennen mußte, daß der Beistand der Milliardenkosten ihres Aufenthalts doch niemals aufbringen wird — jetzt schon zum zweiten Male im Niederösterreichischen Arbeiterkongress nach Wien geschickt, weil die Ablösung irgendwelcher Risten den Verdacht ihrer Spionage erregt hatte. Das erste mal mußten sie vor der Erregung der Arbeiter abziehen — diesmal stellten sie die „unabhängige“ Justiz des Landes in ihren Dienst. Gefunden wurde natürlich trotz schärfster Vorkehrungen nichts, nur hatten die Vertrauensmänner alle Hände voll zu tun, um zu verhindern, daß die Empörung der Arbeiter und Angestellten sich in Toten äußere. Sie ist um so begreiflicher, als gegen die Heimwehren des Tiroler Eischer, des Dr. Stadler, die den Ueberseh der bayerischen Waffen aufnahmen, nichts unternommen wird. Auch hat das Befanntwerden der Riesenlieferungen des italienischen Oberkontroll-Generals Segre und vieler seiner Offiziere die Achtung vor den Ententekommissionen nicht erhöht, die dank der von ihnen Staatsmännern herbeigeführten Totalentwertung der Krone alles nach Herzenslust kaufen können — alles, bis auf die Besinnung und den Trost des getretenen Volkes von Deutschösterreich.

Der Reichstagsauschuß für Beamtenangelegenheiten setzte am Dienstag und Mittwoch seine Beratungen über die Ausführungsbestimmungen zum neuen Befoldungsgefeß fort. Zunächst wurden die Vorschriften über die Befoldung des Befoldungsbediensteten behandelt. Angenommen wurde ein Antrag des Abg. Hoffe (Genr.), wonach die ganze gesetzliche Militärbedienstetenzeit auf das Befoldungsbediensteten angerechnet wird. — Bei Besprechung des Ortszuschlages wurde die Befoldung des dienstlichen Wohnortes der Beamten behandelt. Nach den Befoldungsvorschriften ist der dienstliche Wohnort der Beamten in der Regel der Amtssitz der Behörde oder Dienststelle, bei welcher der Beamte angestellt ist. Statt dessen kann in Ausnahmefällen die Oberste Reichsbehörde einzelnen Beamten oder Beamtenstellungen den Ort, der den Mittelpunkt ihrer Beschäftigung bildet, als dienstlichen Wohnort anweisen. Demnach steht die Entscheidung darüber, was sie als dienstlichen Wohnort ansehen will, der Obersten Reichsbehörde zu. Zur Frage des vorläufigen Ortsklassifizierungswies Abg. Dr. Wolf (D. Sp.) nach, daß das System der logischen Spannungsachsen, das in der amtlichen Statistik zur Ermittlung der Klassifizierung angewendet wird, kein richtiges Bild von den tatsächlichen Verhältnissen zeigt, ist die Entscheidung der Regierung wird erklärt: Die Vergleichbarkeit der ökonomischen Zustände der einzelnen Gemeinden erschwert es, die Grenzen der durch das Befoldungsgefeß festgelegten Ortsklassen zu finden.

Auseinandersetzung mit der sächsischen Krone. Die vom sächsischen Finanzministerium im Einklang mit der staatlichen Kommission der Regierung vorgelegten Entwürfe über die

# Reichstag und Getreidewirtschaft.

Der Reichstag hat am Mittwoch zunächst das Gesetz zur Abänderung des Wehrgesetzes, das lediglich Erläuterungen enthält, die von der Entente gefordert sind, nach kurzer Befürwortung durch Reichswehrminister Dr. Gehler ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen.

## Freie oder Zwangswirtschaft?

Es liegen folgende Anträge vor: Dusché (D. Sp.) auf Einführung der freien Wirtschaft, Dr. Böhme (Dem.), Dusché (D. Sp.), Blum (S.) auf Ermäßigung der Umlage auf 2 1/2 Millionen Tonnen; Dr. Herz (U. Sp.) auf Beibehaltung der bisherigen öffentlichen Bewirtschaftung des Getreides; Müller-Frankén (Soz.) auf Beibehaltung des bisherigen Verfahrens und im Falle der Annahme des Umlageverfahrens auf Erhöhung der Umlagesumme auf 4,5 Millionen Tonnen; Herz (Dnat.) auf freie Wirtschaft und stärkere Berücksichtigung der Landwirtschaft in den verschiedenen Instanzen.

Abg. Boemsted (S.): Die Zwangswirtschaft muß gerade im Interesse der Ernährung sobald wie möglich abgeschafft werden. Die Furcht vor unerträglichen Preissteigerungen für Lebensmittel teilen wir nicht. Das Umlageverfahren mit 2 1/2 Millionen ist das kleinere Übel.

Abg. Dusché (D. Sp.): Wir können gerade im Interesse der Erzeugung die volle Verantwortung für gänzliche Freigabe des Getreides übernehmen. Auch bisher hat sich ja jeder (i) im Schleichhandel soviel Lebensmittel verschaffen können, wie er brauchte. Auf die Mitwirkung der landwirtschaftlichen Organisationen wird der Minister beim Umlageverfahren kaum rechnen dürfen, denn die Geduld der Bauern ist erschöpft.

Die Interessen der Landwirte und der Landarbeiter sind völlig dieselben; der Gegenstand wurde erst durch die sozialdemokratische Berührung künstlich geschieden. Der Achtundzestag wird sich, nachdem Sie (nach links) das Ultimatum angenommen haben, kaum aufrechterhalten lassen. Wenn wir die Forderungen der Entente bezahlen wollen, werden sich die Arbeiter daran gewöhnen müssen, mehr zu arbeiten und ihre Lebenshaltung herabzulassen.

Abg. Dr. Herz (U. Sp.): Ich will dem Hause zunächst einige sehr

### interessante Dokumente

vorliegen. Das erste ist ein Schreiben des Reichsernährungsministers vom 6. April an den Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligung, wonach die Erlaubnis zur Ausfuhr nur erteilt werden soll, wenn es sich um geringe Mengen handelt. Aus dem zweiten Schreiben des Reichsgetreidebureau Königsberg i. Pr. geht hervor, daß dort die Ausfuherlaubnis erteilt wurde für 835 210 Tonnen Erbsen, Weizen, Haferstroh und Weizen, und zwar nach Schweden, Norwegen, Dänemark und Italien. (Hört, hört!) Ein großer Teil davon gelangte auf Umwegen

### in die Hände der Polen

und wurde demnach zur Stärkung jener Armee benutzt, die ein besonderer Feind Oberschlesiens und Deutschlands ist. Diese Mengen konnten ausgeführt werden, obwohl in Ostpreußen eine Mähenke in Hülsenfrüchten zu erwarten ist und außerordentlicher Bedarf an Hülsenfrüchten dort besteht. Nur um höhere Gewinne zu erzielen,

Auseinandersetzung mit der sächsischen Krone haben mit geringer Abänderung die Zustimmung des Gesamtminderparlamentes gefunden. Der Entwurf wird nun in dieser Fassung der vom ehemaligen König bestellten Kommission als Grundlage für die weiteren Verhandlungen übermittelt werden. Die staatliche Kommission von fünf Mitgliedern ist bereits durch fünf Abgeordnete vertreten worden.

## 18. ordentlicher Genossenschaftstag.

k. Baden-Baden, 18. Juni 1921.

Die Tagung ist von 900 Delegierten aus allen Teilen des Reiches besucht. Sehr zahlreich sind auch die ausländischen Gäste erschienen, desgleichen verwandte Organisationen, Reichs-, Staats- und städtische Behörden.

Nachdem Lorenz-Hamburg die Tagung eröffnet hatte, gab Paris-Büchsen einen Rückblick auf die Entwicklung des deutschen Konsumgenossenschaftswesens. Er hofft, daß durch den Aufstieg des deutschen Genossenschaftswesens eine glückliche Zukunft Deutschlands garantiert sein wird. Minister Kemmels überbringt Grüße und Wünsche der badischen Regierung. Ferner sprach Weiner-Berlin für das Reichsernährungsministerium, Cohen-Berlin für den Reichswirtschaftsrat, Bürgermeister Eifner für die Stadt Baden-Baden. Henry May-London übermittelte die brüderlichen Grüße des internationalen Genossenschaftsbundes. Von weiteren Rednern seien genannt P. Anke vom Norges Kooperative Landsforening Kristiania, Pettoni-Italien, W. Rautschkowitz-Georgien, Dr. Stenzel-Benitz vom Österreichischen Genossenschaftsbund.

Vom Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt ist ein Glückwunschtogramm eingegangen.

Vorsitzender Lorenz-Hamburg dankt allen Rednern für die große Anerkennung, die zum weiteren Auf- und Ausbau der deutschen Genossenschaftsbewegung anzureize. Die deutsche Genossenschaftsbewegung wolle daran mitarbeiten, daß das freie, demokratische, republikanische Deutschland wirtschaftlich und kulturell erstärke.

## Wirtschaft

### Die Grundsteuer.

Allmählich beginnt das Dunkel sich zu lichten, das bisher über die Steuerpläne des Herrn Samsch, des preußischen Finanzministers, geblieben war. Aber was man erfährt, klingt nicht tröstlich und ist nur ein neuer Beweis dafür, daß der Kurs der Regierung Steigerung scharf nach rechts geht, in das Fahrwasser der agrarischen, kapitalistischen, konservativen Politik. Der „Tropf-Minister“ hat es ja in seinem Interview in der „Germania“ selbst verkündet, daß er seine Steuerpolitik nicht gegen die Reichsparteien machen wolle. Dieser Absicht entspricht vollkommen, was jetzt über das neue Grundsteuergefeß durchsickert.

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, soll die Grundsteuer so aufgebaut werden, daß 10 von Hundert vom Reinertrag der Grundstücke erhoben werden, und zwar gleichmäßig vom städtischen und vom ländlichen Grundbesitz. Diese Steuer ist abwählbar. Denn nach § 18 des Entwurfs hat beim städtischen Grundbesitz der Mieter die ganze Steuer zu tragen. Ebenso würde der ländliche Grundbesitz die Steuer durch entsprechende Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Produkte reflexiv auf die Verbraucher abwälzen. Nach dem Steuergefeßentwurf, der teilszeitig noch unter der Ministerhoheit des Gen. Lüdemann ausgearbeitet worden war, sollte die Grundsteuer nicht vom Reinertrag, sondern vom gemeinen Werte erhoben werden. Dies wäre eine Steuer vom Grundvermögen geworden und ihre Übertragung auf die Mieter und die Verbraucher wäre wesentlich erschwert gewesen. Wenn Herr Samsch jetzt bei seinem Entwurf von einer „Steuer vom Grundvermögen“ spricht, so ist das eine Irreführung. Denn der Grundbesitzer, gleichviel ob städtischer oder ländlicher, trägt nur formell die Steuer. In Wirklichkeit sollen die Verbraucher sie bezahlen, die breiten Schichten des Volkes — der Besitz wird abermals vor dem Zugriff der Steuerbehörden geschützt.

Und diese Hülsenfrüchte von Händlern und Landwirten ausgeführt worden.

### Deutschland schädigt sich selbst und stärkt seine Feinde.

Diese Tatsachen beweisen einerseits, was der Reichsernährungsminister unter „geringen Mengen“ bei der Ausfuhr versteht, daß es bei der Landwirtschaft, seitdem sie aus dem Widerstand gegen die Gesetzgebung ein Recht gemacht hat, keine Gesetzesautorität mehr gibt und daß der Appell an das vaterländische Pflichtgefühl der Landwirtschaft oder der Hinweis auf die Pflichten gegen den Rebenmenschen längst ihre Wirksamkeit verloren haben. Unter diesen Umständen braucht sich der Reichsernährungsminister nicht zu wundern, wenn die Prophezeiungen, die er im guten Glauben an das Pflichtgefühl der Landwirte seinerzeit machte, nicht in Erfüllung gehen können. Wenn wir die Tatsache, daß der Rückgang in der Ablieferung mehr als 50 Proz., in der Erzeugung nur 20 Proz. beträgt, gegenüberstellen, dann müssen wir einsehen, daß hier noch andere Gründe mitsprechen, als nur die schlechte Ernte allein. In der Praxis kommt das Umlagegefeß bei dem organisierten Widerstand der Landwirte beinahe ein

### neuen Hungerblode

gleich. Die Landwirte werden sich auch damit nicht zufrieden geben, sondern, wie es teilweise schon jetzt geschieht, eine neue Bindung der Wirtschaft durch Sperrung der Grenzen gegen alle ausländischen Lebensmittel verlangen. Wir lehnen die Vorlage ab.

Abg. Dr. Böhme (Dem.): Die Landwirte werden ihre Pflicht genau so tun wie vor und im Kriege. (i) Die Zahlen, die Dr. Herz im östpreussischen Haft gemacht hat, können nicht stimmen, denn sonst, wie da ausgeführt worden sein soll, produziert Ostpreußen gar nicht. Obwohl wir die Besorgnisse der Regierung durchaus teilen, werden wir doch für die freie Wirtschaft stimmen. Die Zuckerpreise z. B. werden sich unter dem Einfluß des Weltmarktes nicht so hoch halten lassen. Durch die Gelder, die für das ganze System der Zwangswirtschaft aufgewendet werden müssen, könnten die wichtigsten Nahrungsmittel verbilligt werden. Die ungeheuren Kosten des Ultimatum machen dauernde Aufwendungen für die Getreideimport unmöglich. Diesen Import herabzubrüden, ist einfach eine Lebensfrage des deutschen Volkes. Eine Steigerung der Preise bei der freien Wirtschaft ist unbedenklich, weil die Steigerungen nicht ungesund sind. Die Umlage muß von 3 auf 2 1/2 Millionen Tonnen herabgesetzt werden, dadurch wird Bayern wesentlich entlastet.

Vizepräsident Dittmann schlägt vor, die Beratung abzubrechen und noch einige keine Vorlagen zu erledigen. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte beschließt das Haus, zunächst die kleinen Vorlagen zu erledigen und dann die Aussprache über die Getreidewirtschaft fortzusetzen.

Der Bescheid über die Vergütung von Leistungen für die deutsche bewaffnete Macht geht an den Haushaltsauschuß.

In der fortgesetzten Debatte über die Getreidewirtschaft verlangt Abg. Eckardt (Komm.) die Durchführung des Anbauzwanges für alle landwirtschaftlichen Großbetriebe. Gegen die Sabotage der Großagrarier muß schärfstens vorgegangen werden. Die Betriebe müssen unter die Kontrolle der Landarbeiter gestellt werden.

Donnerstag, 2 Uhr: Straßparaden gegen Abgeordnete. Rest von heute. — Schluß 7 Uhr.

Der Finanzminister glaubt, mit seiner Grundsteuer jährlich 2 Milliarden herauswirtschaften zu können. Die Rechnung hat ein Loch. Wenn tatsächlich die Verbraucher diese 2 Milliarden aufbringen sollen, so wird das nur möglich sein unter gleichzeitiger Erhöhung der Löhne und der Gehälter, und dann ist dem Staatsfinanzen wieder nicht geholfen. Eine Grundsteuer, die ihren Zweck erfüllen soll, muß vor allen Dingen die große Wertsteigerung des ländlichen Grundbesitzes treffen, die durch die starke Erhöhung der Preise für alle Agrarprodukte bedingt ist. Aber von einer Regierung, die wie die des Herrn Siegerwald sich selbst als Geschäftsführerin der agrarischen Interessen bezieht, ist eine solche Steuerpolitik natürlich nicht zu erwarten. Um so schärfer muß der Kampf sein, den das werktätige Volk gegen diesen einseitigen Schutz der besitzenden Klassen führt!

### Die angeblichen russischen Verhandlungen mit Stinnes.

Der russische Handelsbevollmächtigte in Berlin, Stomonjakow, hat, einer D.M.-Mitteilung zufolge, den Korrespondenten des „Dalki Herald“ zu der Erklärung ermächtigt, daß die Behauptung, die russische Regierung sei zwecks Ausbeutung Rußlands mit einer Gruppe englischer und deutscher Kapitalisten, zu denen auch Stinnes gehöre, in Verhandlungen getreten, unwahr sei. Während Stinnes kurzen Berliner Aufenthalts habe Stinnes nicht mit ihm konferiert, auch scheinen keinerlei Verhandlungen mit ihm oder einem seiner Vertreter geplant zu sein. Vor langer Zeit habe allerdings die russische Regierung versucht, Stinnes an gewissen Plänen zur Ausbeutung eines Teiles des — Donezbeckens zu interessieren. Sie habe ihm Konzessionen für die noch wenig ausgebauten Kohlenlager bei Roskow und für Eisenerz im Rerchen-Distrikt angeboten, Stinnes aber habe dieses Angebot nie beantwortet. — Also ist es nicht das Verdienst der Sowjet-Regierung, wenn mit der Stinnessteuer auch der russischen Wirtschaft bis zur Stunde noch nicht begonnen wurde.

Unter Geschäftstag in der Schuhweckindustrie. Die Generalversammlung der bekannten Schuhfabrik Conrad Tack u. Co. H. B. Berlin und Burg b. Magdeburg setzte aus circa 3,4 Millionen Mark Ueberfluß die Dividende auf 19 Proz. fest. Wäre der Gewinn und somit auch die Dividende um einige Punkte geringer ausgefallen, so hätte die minderbemittelte Bevölkerung ihre Löhne sicher erheblich billiger kaufen können. Aber die hohen Dividenden sind ja nötig mit Rücksicht auf die aktienbesitzenden „sehr breiten Schichten der Bevölkerung“, wie es im Geschäftsbericht der Deutschen Bank so schön heißt.

Orenstein & Koppel K.-G. Aus dem Geschäftsberichte der Firma geht hervor, daß sie mit dem maximalen und technischen Ausbau ihrer Werke und Fabriken beschäftigt ist. Nach Vollendung dieser Arbeiten wird die Gesellschaft imlande sein, in ihren Dampflokfabriken neben der bisherigen Produktion an leichten und mittelschweren Lokomotiven jährlich rd. 800 schwere Güter- und Personenzuglokomotiven, in ihren Waggonfabriken jährlich rd. 2000 Güter- bzw. Personenzugwagen und in der Fabrik in Nordhausen jährlich rd. 350 Benzol- bzw. Benzinlokomotiven herstellen zu können, wodurch auch eine entsprechend verbreiterte Basis für die Ausgestaltung der Exportorganisation geschaffen wird. Ferner wird herorgehoben, daß Hand in Hand mit der Klärung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in den verschiedenen Teilen des Auslandes die Firma mit der Wiederaufrichtung ihrer Exportorganisation beschäftigt ist. Zurzeit beträgt in den in- und ausländischen Betrieben einschließlich derjenigen der Tochtergesellschaften, die Zahl der Arbeiter rund 6200, die der Beamten rund 8400. Die Verwertung schlägt für 1920 eine Dividende von 18 Proz. (wie im Vorjahr) vor, sowie einen Bonus von 15 Proz. (i). Der Berliner „Östern-Kurier“ bemerkt dazu, daß diese Zahlen die günstigen Geschäftsergebnisse der Gesellschaft nicht voll in die Erscheinung treten lassen. Der erzielte Reingewinn ist in Wirklichkeit um 10 Millionen Mark höher, denn dieser Betrag erscheint als „Verberichtigungskonto“ neu in der Bilanz per Ende 1920.

Schweizerisch-russischer Handelsvertrag. Der Schweizerische Bundesrat hat sich in einer Mitteilung an Krasin bereit erklärt, einen Moskauer Entwurf für einen zwischen der Schweiz und Rußland abzuschließenden Handelsvertrag entgegenzunehmen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Der Zweck der Uebung.

Ueber die „Aktion“ im Gewerkschaftshaus am Dienstag berichtet die „Rote Fahne“, daß es sich dabei um die Gleichberechtigung der Unorganisierten mit den Organisierten gehandelt habe. Sabbath, den man gezwungen habe, vor den Arbeitslosen im Saal zu erscheinen, sei sogar soweit gegangen, daß er es als ein Unrecht, als ein Verbrechen an den Organisationen bezeichnete, wenn die unorganisierten Arbeitslosen dieselben Rechte forderten wie die organisierten. Dem Sinne nach stimmt darin die gesamte organisierte Arbeiterschaft mit dem Genossen Sabbath überein.

Die von der Versammlung gefasste Entschließung fordert, daß binnen 48 Stunden der Vertrag des Bauarbeiterverbandes, wonach bei Neueinstellungen bei 80 Proz. Organisierten nur 20 Proz. unorganisierte Arbeiter in Frage kommen, rückgängig gemacht werden müsse. Die Erwerbslosen betonen, daß, wenn dies nicht geschieht, sie wiederum, aber im verstärkten Maße erscheinen, um in beschärfster Form die Zurückziehung selbst vorzunehmen.

Also Diktatur des — unorganisierten Proletariats!

Der Bericht des ebenen Blattes erwähnt zwar, daß die Bureau der Bauarbeiter geschlossen waren — „daß die Herren es vorgezogen hätten, sich einzuschließen“ —, verschweigt aber, daß an den Türen der Bureauabschluss von 1 bis 4 Uhr bekannt gegeben ist und in vielen Bureau außer den Sprechstunden bei verschlossener Tür gearbeitet wird; eine Maßnahme, die zur ungehörigen Erledigung der Arbeiten einfach notwendig ist. In Fettdruck wird hervorgehoben, daß einer der Sippsoldaten erklärt habe, sie wären nicht gekommen, wenn man sie nicht gerufen hätte. Ja, glaubt denn das Blatt und seine unorganisierten Schlinglinge, die Gewerkschaftsangehörigen seien verpflichtet, sich mehrlos den Willkürakten anzuliefern, die zwar von der Münzstraße her eingeleitet werden, für die man aber letzten Endes weder dort noch in der „Rote Fahne“ die Verantwortung übernehmen wird! Die Schuld schiebt man ja nachher den Gewerkschaftsführern zu.

Die Gewerkschaftsangehörigen haben nicht nur die Pflicht, für ihre Person einzustehen, sondern auch für die ihnen anvertrauten Gelder und Sachen. Sie sind lediglich ihren Mitgliedern Rechenschaft schuldig in deren Versammlungen. Mahnen sich unorganisierte das Recht an, sie jederzeit zu überfallen und zu malträtieren, dann sind sie zur Abwehr einfach gezwungen.

Dabei wird es nützlich sein, sich diesen Teil der Erwerbslosen einmal etwas näher anzusehen, nach Art und Name und woher der Fahrt zu fragen. Bisher bestand noch keine Veranlassung, ein Wort über die Verärgerung der Berliner Arbeitslosen aus den Reihen der aus Mitteldeutschland vorübergehend hierher verzogenen Kommunisten zu verlieren.

Kurzum, die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Berlins, einschließlich der erwerbslosen Mitglieder, hat nicht länger mehr Lust, sich von Unorganisierten in solch regelhafter, roher, gewalttätiger Weise „Aktionen“ vormachen zu lassen.

Die „Freiheit“ wußte gestern von den Vorgängen am Dienstag nichts zu berichten. Sie sollte nicht übersehen, daß hier zwischen Gewerkschaftsangehörigen der SPD. und der USPD. kein Unterschied gemacht wird. Sie wird daher wohl oder übel Farbe bekennen müssen, wie weit ihre Duldsamkeit in diesen Dingen geht.

### Streik bei Sarotti.

Seit dreieiertel Jahren bemühen sich die Handwerker und Transportarbeiter der Firma Sarotti, ein gerechtes Lohn- und Arbeitsverhältnis zu erringen. Ein Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses, der eine geringfügige Erhöhung der Löhne vorschlug, wurde von der Firma nicht anerkannt und vom Demobilisierungskommissar nicht für verbindlich erklärt. Im März gewährte die Firma Sarotti eine Teuerungszulage in Höhe eines Wochenlohnes, die in zwölf Wochenraten ausgezahlt wurde. Nach Ablauf dieser Frist fiel die Zulage fort. In erneuter Verhandlung wurde von der Betriebsleitung erklärt, daß sie als äußerstes Zugeständnis die bisherigen Zulagen weiterzahlen wolle. Ueber die von den Gewerkschaften gestellten Forderungen zu verhandeln, weigerte sich die Firma. Von den Vertretern der Gewerkschaften wurde auf die hohen Gewinne der Firma hingewiesen, ebenso auf die in den letzten Tagen erschienenen Preisnotizen über die außerordentlich günstige Lage der Firma. Die Betriebsleitung lehnte jedes weitere Entgegenkommen ab.

Eine Versammlung der Handwerker und Transportarbeiter beschloß darauf fast einstimmig, die Arbeit sofort niederzulegen.

Der Betrieb ist bis auf weiteres für alle Handwerker und Transportarbeiter gesperrt.

- Deutscher Transportarbeiterverband.
- Deutscher Metallarbeiterverband.
- Deutscher Schuhbinderverband.
- Deutscher Holzarbeiterverband.
- Zentralverband der Maschinisten und Geizer.

## Die Novelle zum Betriebsrätegesetz.

Die Betriebsräte des Deutschen Transportarbeiterverbandes waren am Montag sehr zahlreich im Gewerkschaftshaus versammelt, um einen Vortrag von Körper über die Novelle zum Betriebsrätegesetz zu hören und Stellung zur Reichskonferenz der Betriebsräte zu nehmen. Die Novelle ist von der Gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes ausgearbeitet worden, das Gesetz in eine Form zu bringen, durch die eine Abstellung der Mängel desselben ermöglicht wird. — Der Vortragende erläuterte in sachlicher und gemeinverständlicher Weise die Vorschläge der Novelle, hob in feinen Ausführungen die Unzulänglichkeiten des Betriebsrätegesetzes in der bestehenden Fassung hervor und betonte insbesondere die Notwendigkeit einer Erweiterung der Rechte für die Betriebsräte. Das Gesetz müsse eine durchgreifende Verbesserung erfahren, damit es den Gewerkschaftsorganisationen möglich werde, später den Wirtschaftsbetrieb selbst in die Hand zu nehmen.

Hierauf begründete Seher die Anträge, welche zur Änderung der Novelle von den Delegierten Berlins gestellt worden sind und dem Reichstagsrat unterbreitet werden sollen. Dieser wird am 20. und 21. Juni in Berlin tagen. Die Berliner Betriebsräteschule wurde als mustergültig bezeichnet. Dringend erforderlich sei aber, daß den Betriebsräten die Kosten, Lehrgeld und Fahrgehalt ersetzt würden. Auch müsse die Schulzeit in die Vormittagsstunden verlegt werden.

Ein Antrag, welcher staatliche Betriebsräteschulen verlangt, fand die Billigung der Versammlung. Nach beendeter Diskussion sprach Körper in einem Schlusswort noch seine Freude darüber aus, daß der Deutsche Transportarbeiterverband als eine der ersten Organisationen zu der so außerordentlich wichtigen Frage der Verbesserung des Betriebsrätegesetzes Stellung genommen habe.

Zur Ehrung des ermordeten Abg. Gareis erhoben sich die Versammelten von ihren Plätzen.

### Unverschämte Spekulation eines Unternehmers.

Neuerdings häufen sich die Fälle, daß gewisse Geschäftsleute an die Betriebsräte herantreten, um sie für den Verkauf von Lebensmitteln, Theaterbilletts, Kleidungsstücken usw. zu interessieren. In ganz richtiger Einschätzung derartigen Angebote lehnen die Betriebsräte es ab, derartige Geschäfte zu machen. Den Gipfel der Unverschämtheit hat eine Strumpffabrik Joses Döring, Oberstedt (Sächs.), mit einem Schreiben an die Betriebsräte erreicht, das — an den „Hochwohlwollenden Betriebsrat“ adressiert — folgende Stellen enthält:

„In den größten Betrieben Deutschlands habe ich Vertreter, und haben dieselben durchschnittlich einen Nebenverdienst ohne jegliche Mühe von 300—500 M. pro Monat. Das Geld liegt auf der Straße, man muß es nur versetzen aufheben. . .“

„Sollten Sie gut einschlagen, so bin ich nicht abgeneigt, Ihnen später, wenn Ihre Geschäftstätigkeit erbrodt ist, Ihnen ein perfektes Geschäft in Kommission einzurichten. Sie haben dadurch eine gute Zukunft vor Augen, und liegt es ganz an Ihnen, ob Sie dem Glück die Hand bieten wollen oder nicht. . .“

Der Betriebsrat einer Berliner Firma hat der Firma die gehörige Antwort erteilt.

Es muß von den Betriebsräten streng abgelehnt werden, gewissen Geschäftsleuten die Möglichkeiten zu mühelos verdienten erheblichen Gewinnen durch Verkauf von allen möglichen Handelsartikeln zu verschaffen. Die Aufgaben eines Betriebsrates sind so mannigfaltig, daß er gar keine Zeit für Verkäufe haben kann.

Wir fordern von allen Betriebsräten, daß sie Angebote von Unternehmern, sich für den Absatz von Handelsartikeln einzusetzen, wie bisher, stets ablehnen.

### Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

## Revolutionierung der Gewerkschaften und Genossenschaften

Der Chefredakteur der sowjetischen Moskauer „Iswestija“, Stelow, schreibt in einem ausführlichen Artikel, daß die Hauptstufen des Opportunismus in der Arbeiterbewegung nicht die alten sozialdemokratischen Parteien seien, sondern die Gewerkschaften, auf die sich die Rechtssozialisten und Unabhängigen stützen. Er glaubt feststellen zu können, daß in letzter Zeit die Kommunisten in Westeuropa, insbesondere in Frankreich, einen größeren Einfluß in den Gewerkschaften gewonnen hätten und meint, die Aufgabe der kommunistischen Taktik bestünde augenblicklich in der Verschärfung des Kampfes nicht sowohl gegen die rechtssozialistischen Parteien, als gegen die opportunistischen Gewerkschaften.

Zugleich werden Vorbereitungen für die Revolutionierung der Genossenschaften getroffen. In Verbindung mit dem dritten Kongreß der kommunistischen Internationale wird ein Kongreß der kommunistischen Genossenschaften abgehalten. Es ist ein Manifest der revolutionären Genossenschaften verfaßt worden, worin die alle Genossenschaftsbewegung einer

schaffen Kritik unterzogen und vorge schlagen wird, die Genossenschaften in revolutionäre „Zellen“ umzugefalten, die als kommunistische Propagandazentren tätig sein sollen.

### Vor dem Ende des englischen Bergarbeiterstreiks.

Die Abstimmung unter den Bergarbeitern ist gestern erfolgt. Man erwartet, daß die Arbeit am Montag wieder aufgenommen wird. In vielen Bezirken sind bereits alle Vorbereitungen für die Wiederaufnahme der Arbeit getroffen und die Pferde wieder in die Bergwerke gebracht worden.

### Neue drohende Lohnkonflikte in England.

Neue Lohnkürzungen stehen in mehreren englischen Industriezweigen bevor, denen die Arbeiter sich widersetzen werden. Die Londoner Straßenbahngesellschaften, die über 50 000 Arbeiter beschäftigen, wollen die Löhne um 5 Schilling pro Woche kürzen. Der Lohn der Gasarbeiter soll um 6,9 Schilling gekürzt werden. Schließlich will der Verband der Großpächter die Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter ebenfalls erheblich herabsetzen.

In der Wolllindustrie von Yorkshire ist eine Einigung erzielt, durch die ein Streik von 200 000 Arbeitern vermieden wurde. Die Löhne wurden um 18 1/2 Proz. gekürzt. Dabei soll es ein Jahr lang bleiben. Auch in der Baumwollindustrie in Manchester wird eine Verilegung der Differenzen für möglich gehalten, da der Unterschied zwischen Angebot und Forderung nur noch 11 Pence betrage.

### Vom amerikanischen Gewerkschaftskongreß.

In Denver hat am 18. Juni die 41. Jahresversammlung des amerikanischen Gewerkschaftsbundes begonnen. Der Kongreß der Organisationen von 4 Millionen amerikanischen und kanadischer Arbeiter vertritt, ist, wie der sozialistische Presse der Vereinigten Staaten zu entnehmen ist, in lebhafter Kampfesstimmung. Man erwartet, daß die diesjährige Tagung des Gewerkschaftsbundes die offene Kampfansage an das amerikanische Unternehmertum bringen wird und man rechnet mit einem heftigen Vorstoß gegen den allgemeinen Lohnabbau.

### Gewerkschaftsmitglieder! Für die Opernvorstellung „Der Rubin“ im Wallnertheater, Wallnertheaterstraße, für den 18., 19. und 20. Juni können Karten zu stark ermäßigten Preisen — Einheitspreis — von heute ab jeden Nachmittags von 4 1/2 bis 7 Uhr im Bureau, Engelufer 15, 1. Treppe, Zimmer 15, entgegengenommen werden.

Ein Streik der Ziegeleiarbeiter in Hildesheim (Landkreis und Kreis Marienburg) hat am Sonnabend wegen verweigerter Lohnforderungen begonnen. Nur zwei Ziegeleien sind noch im Betrieb. Die Reststandsarbeiten werden verrichtet.

Beigelegter Konflikt in Peine. Arbeiter der Eisener Hütte und die des Walzwerkes waren wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Die Stadt war ohne elektrisches Licht und ohne Kraft. Durch Verhandlungen wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Im Walzwerk ist eine vorläufige Einigung erzielt.

Krisis in der böhmischen Glasindustrie. Die meisten Glasfabriken in der Tschechoslowakei haben ihren Arbeitern gekündigt, mit der Begründung, daß sie infolge weiterer Verschlechterung der Geschäftslage zur Einstellung des Betriebes gezwungen sind. Durch einen Abbau der Preise soll die Erportfähigkeit der Industrie wieder herzustellen versucht werden. — Mit anderen Worten, die Löhne sollen durch diese Androhung durchgedrückt werden. Die Dänen der Glasfabriken in der Gegend von Haiba sollen am Sonnabend gekündigt werden.

Deutscher Transportarbeiterverband. Betriebsräte, Betriebsleute der Glas- und Leppschreiniger: Heute um 4 Uhr, Neue Jakobstr. 1, Versammlung. — Handelshilfsarbeiter und -arbeiterinnen: a) aus den Betrieben der Schuhfabrikation und des Schuhgroßhandels: Freitag um 8 Uhr, b) aus den Betrieben des Bodenbelaghandels: um 7 Uhr; beide im Hotel am Kari Wille, Poststr. 29, wichtige Gruppenversammlungen. — Stände Einzelhandel: Freitag 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15 (großer Saal), Versammlung, Bericht, betr. Abschluß eines neuen Lohnzartises.

Ausschüsse der Dinoswerke. Freitag Versammlung bei Regina, Wilhelm-Gloze-Str. 1.

Verants. für den refakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Glöde, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Etmann & Co., Berlin. Nachdr. d. H. hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Reinwelt“.

**Färbol** das Auffärbemittel für alle farbigen Schuhe

ist in „Friedensqualität 1921“ wieder in allen Drogerien, Lederhandlungen u. Schuhgeschäften zu haben. Gen.-Vertr. Willy Ney, N 58, Gaudystraße 20

# HERMANN TETZ Billige Lebensmittell

Nur gute Qualitäten

Kirschen süsse rote..... Pfund	1 <sup>30</sup>	Neue Kartoffeln..... Pfund	1 <sup>75</sup>
Kohlrabi mittlere Knollen..... Mandel	1 <sup>25</sup>	Junge Möhren..... grosses Bund	2 <sup>25</sup>
Rehblätter..... Pfund	11 <sup>75</sup>	Junge Brathühner Stück von 15 <sup>00</sup> an	
Rehkochfleisch..... Pfund	5 <sup>00</sup>	Gefr. Kaninchen ohne Kopf und Füsse..... Pfund	3 <sup>75</sup>
Landleberwurst sehr gute Qualität..... Pfund	10 <sup>50</sup>	Brüh-Mettwurst..... Pfund	10 <sup>00</sup>
Gebr. Kaffee aus eigener Rösterei, täglich frisch..... Pfund	18 <sup>00</sup>	Ausgelassener Talg..... Pfund	6 <sup>60</sup>
Allerfeinste Naturbutter zu billigsten Tagespreisen		Allerfeinste Margarine 1/2-Pfund-Paket	5 <sup>00</sup>

<b>Fleisch</b>	Fehrtippe u. Brust geporen Pfund ..	8 <sup>00</sup>	Schmorfleisch ohne Knochen geporen, Pfund	10 <sup>00</sup>	Schabefleisch geporen Pfund ..	12 <sup>00</sup>	Gehacktes geporen Pfund ..	9 <sup>00</sup>	Kalbskamm frisch Pfund...	8 <sup>50</sup>	Kalbskeulen frisch Pfund...	10 <sup>00</sup>	Hammelfleisch frisch Pfund...	12 <sup>00</sup>
----------------	-------------------------------------	-----------------	---	------------------	--------------------------------	------------------	----------------------------	-----------------	---------------------------	-----------------	-----------------------------	------------------	-------------------------------	------------------